

Rußlands Haltung zur rumänischen Frage 1864—1866

Von GERHARD HILKE (Halle)

Dem Betrachter der internationalen Beziehungen Europas in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts drängen sich zunächst die diplomatischen und militärischen Auseinandersetzungen um die Einigung Deutschlands und Italiens als beherrschend und entscheidend auf. Das Streben der Balkanvölker nach nationaler Einheit und Souveränität bildet dagegen gewöhnlich eine periphere Erscheinung, obwohl die Vorgänge in Südosteuropa die europäischen Mächte jener Zeit in beträchtlichem Maße herausforderten und ihre außenpolitischen Schritte beeinflussten. In den 50er Jahren schien die „orientalische Frage“ einer endgültigen Lösung zuzutreiben. Als der russische Zar *Nikolaus I.* 1853 das Erbe des „kranken Mannes“ am Bosphorus anzutreten suchte, stand Rußland scheinbar auf dem Höhepunkt seiner Macht. Unberührt von der Revolution, hatte es der Habsburgermonarchie geholfen, die revolutionären Wirren zu überstehen, um nun als Führungsmacht der „Heiligen Allianz“ die Früchte seiner Politik zu ernten. Nur wenige Jahre später war für alle Welt sichtbar das Bündnis der Mächte des Nordens auseinandergebrochen. Die Niederlage auf der Krim rettete die Türkei vor den ehrgeizigen Plänen des russischen Imperiums und offenbarte die innere Schwäche des zaristischen Regimes.

* Der vorliegende Aufsatz beruht auf einem Unterkapitel meiner Dissertation „Zur Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich in den Jahren 1856—1870“. Halle 1960. Dank der Unterstützung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und des Staatlichen zentralen historischen Archivs in Moskau war es mir möglich, Materialien des Fonds 828 (A. M. Gorčakov) heranzuziehen, wodurch besonders die Haltung des zaristischen Außenministeriums schärfer herausgearbeitet werden konnte. Ich möchte daher die Gelegenheit benutzen, den erwähnten Institutionen und ihren Mitarbeitern recht herzlich für ihre Mühe und Unterstützung zu danken. Die kleine Untersuchung kann natürlich schon vom Material her nur ein erster Versuch sein, die Haltung Rußlands während der für Rumänien ereignisreichen letzten Regierungsjahre *Cuzas* darzustellen. Vgl. vor allem B. Jelavich, *Russia and the Formation of the Romanian National State 1821—1878*. Cambridge 1984.

An vielen Orten Rußlands war es während des Krieges zu Bauernunruhen gekommen, die in einzelnen Fällen nur mit Hilfe des Militärs niedergeschlagen werden konnten. Wenn der russische Staat künftig wieder eine Rolle im außenpolitischen Spiel übernehmen, wenn der Zar ein gewichtiges Wort bei der Aufteilung der durch nationale Freiheitsbewegungen erschütterten Türkei mitsprechen wollte, mußten die inneren Verhältnisse verändert und konsolidiert, mußte dem „Zeitgeist“ Rechnung getragen werden.

Der neue russische Außenminister, *A.M. Gorčakov*, der nach dem Krimkrieg *Nesselrode* abgelöst hatte, war einer der aktivsten unter den adligen Fürsprechern bürgerlicher Reformen. Der Mitschüler *Puschkins*, dem der Dichter einst eine glänzende Zukunft voraussagte, hatte sich im Juni 1817 dem diplomatischen Dienst verschrieben, ohne jedoch den Blick für die innenpolitischen Probleme zu verlieren. Vielleicht liegt darin seine besondere Größe als Staatsmann der Reformperiode Rußlands. Die Abschaffung der Leibeigenschaft, die Reorganisierung des Heeres und gewisse liberale Veränderungen der Zensurbestimmungen fanden gleich den außenpolitischen Problemen das Interesse *Gorčakovs*.

Auf seinem eigentlichen Arbeitsgebiet vertrat der neue Leiter des zaristischen Außenministeriums eine realistische Politik, d. h. Verzicht auf aktive Einmischung in europäische Angelegenheiten, bevor nicht das innere Gefüge Rußlands gefestigt war, und Vermeidung jeglicher den Interessen des Reiches zuwiderlaufenden Opfer für die Prinzipien der „Heiligen Allianz“¹⁾. Im Unterschied zu *Nesselrode* verstand *Gorčakov* darunter allerdings nicht eine totale Absage an jegliche Form russischer Außenpolitik. Im Gegenteil, *Gorčakov* sah seine Aufgabe darin, durch geschicktes Ausnutzen der Gegensätze zwischen den Großmächten Rußland aus der Isolierung herauszuführen, Verwicklungen, die zu größeren Umwälzungen in Europa führen konnten, vorläufig zu verhüten, Ereignisse und Situationen zur Vergrößerung des russischen Einflusses auszunutzen und eine günstige Konstellation der Mächte abzuwarten und zu fördern, die es möglich machte, sich von den lästigen Fesseln des Pariser Vertrages zu befreien und damit eine günstige Ausgangsposition für die Balkan- und Mittelmeerpläne des Zarismus zu erlangen. In seinen Zielen unterschied er sich daher wohl nicht von den militanten Panlawisten, sehr deutlich aber in seinen Vorstellungen über den einzuschlagenden Weg: »La Russie ne boude pas; la Russie se recueille.« Richtete sich der erste Teil des Ausspruchs gegen eine untätige Haltung Rußlands, so könnte man den zweiten Teil gegen voreilige Aktionen gerichtet sehen. *Gorčakov* suchte natürlich den russischen Einfluß auf dem Balkan wieder zu erhöhen, aber er sah auch die begrenzten Kräfte des Staates, während ein *Ignat'ev*, der für den Zarismus 1858 und 1860 große Erfolge in Asien errungen hatte, schon in den 60er Jahren den Befreiungskampf der Balkanvölker gegen

¹⁾ S. K. Bušuev, *A. M. Gorčakov*. Moskau 1961, S. 79.

die Türkei für die zaristischen Pläne auszubeuten suchte und dadurch nicht selten das feingesponnene diplomatische Gewebe des Außenministers zu zerreißen drohte.

Diese allgemeinen Prinzipien zaristischer Außenpolitik erklären auch die Wandlung, die seit 1858/1859 in der russischen Politik gegenüber dem Kampf des rumänischen Volkes um Einheit und Selbständigkeit eingetreten war, ergänzt durch spezielle Gründe, die das Vorgehen der zaristischen Regierung bestimmten. Schon während des Krimkrieges hatte sie nach Möglichkeiten gesucht, die Koalition der Westmächte auseinander zu manövrieren. Die Mißerfolge, die Sondierungen des Zaren in Großbritannien erlitten hatten, waren allerdings noch zu frisch in Erinnerung, als daß es ratsam erschien, von dieser Seite her die Aufgabe zu lösen. Dagegen ließen *Gorčakovs* Beobachtungen, damals diplomatischer Vertreter des Zaren in Wien, eine Annäherung an *Napoleon III.* als möglich und ratsam erscheinen.

Noch während der Friedensverhandlungen 1856 in Paris zeigten sich Risse im englisch-französischen Bündnis, und die beiden russischen Vertreter *Orlov* und *Brunnov* wußten geschickt die Tatsache zu nutzen, daß Kriegsbündnisse selten das Kriegsende zu überstehen pflegen. Aus vorsichtiger Unterstützung, die ihnen *Napoleon* und sein Außenminister *Walewski* zuteil werden ließen, entstand in den folgenden Jahren eine enge Zusammenarbeit zwischen Rußland und Frankreich. Sie erreichte im Geheimvertrag vom 3. März 1859 ihren Höhepunkt, dem aber nur zu bald die Entfremdung folgte. Jedes neue, für Rußland relevante Problem zeigte die Schwachstellen der russisch-französischen Entente. Polen und die Balkan- oder Orientfrage als Prüfsteine der Aufrichtigkeit französischer Freundschaftsbeteuerungen offenbarten *Gorčakov* in drastischer Weise, daß *Napoleon* nicht bereit war, Rußlands Wünschen und Hoffnungen entgegenzukommen. Schon bald nach dem italienischen Krieg von 1859 kam es zu ersten Spannungen, da Frankreich seinen Einfluß in den Vereinigten Fürstentümern Moldau und Walachei kontinuierlich und zielstrebig erhöhte und dem russischen Partner den Weg zum Balkan zu versperren drohte²⁾. *Napoleons* Intervention während des polnischen Aufstandes 1863 rief eine schwere Krise in den Beziehungen beider Staaten hervor und veranlaßte die russische Regierung zum Versuch, Frankreich aus Furcht vor revolutionären Umwälzungen und unkontrollierbaren nationalen Bewegungen vorsichtig zu isolieren.

Voller Unbehagen verfolgte *Gorčakov* — eingedenk der Schwäche Rußlands — das Streben *Napoleons*, seine labiler werdende innenpolitische Position durch außenpolitische Abenteuer zu stärken. Ein geheimer Brief des rus-

²⁾ Zur Rolle der Donaufürstentümer in den außenpolitischen Überlegungen und Aktivitäten *Napoleons III.* vgl. M. Senner, Die Donaufürstentümer als Tauschobjekt für die österreichischen Besitzungen in Italien (1853—1866). Stuttgart 1988. Vgl. auch G. Zane, *Politica economică a principatelor în epoca unirii și capitalul străin*, *Studii* 12 (1959) H. 1, S. 223 ff.

sischen Vizekanzlers an den Botschafter in Paris, *Budberg*, worin er ihm den Grund für die Ablehnung des französischen Kongreßvorschlages durch Rußland erläuterte, spiegelt deutlich die Verbitterung *Gorčakovs* wider und läßt neue Orientierungen erkennen: „Seit in Bordeaux Kaiser Napoleon erklärte, das Kaiserreich sei der Friede, ist seine Regierung eine ununterbrochene Serie von Unternehmungen gewesen, die überall Verwirrung gestiftet haben. Nun wünscht aber Europa den Frieden, die materiellen Interessen erfordern Ruhe, und die Regierungen wünschen dringend, von den ungeheuren Opfern befreit zu werden, die ihnen der bewaffnete Frieden auferlegt, zu dem die französische Regierung sie zwingt. ... Gegen diesen Zustand muß Europa Garantien finden. Wir suchen sie nicht in einer Koalition gegen Frankreich, die, was auch ihre Konsequenzen sein mögen, den Völkern Opfer auferlegen würde, die wir ihnen ersparen wollen. Aber wir müssen wünschen, daß sich zwischen den vier Mächten [England, Österreich, Preußen und Rußland — G.H.], die wirklich den Frieden erhalten, eine Beruhigung der Geister und die Ersetzung der Unruhe und der gegenwärtigen Ungewißheit durch einen Zustand des Normalen wollen, eine Übereinstimmung (*accord*) herausbildet, die dem Streben Kaiser Napoleons einen moralischen Damm entgegensetzt, den er nicht zu verletzen wagt“³⁾.

Aus dem gleichen Grunde mißbilligte *Gorčakov* die österreichisch-preußischen Spannungen⁴⁾ und suchte sie zu beseitigen, um die von ihm angestrebte Interessengemeinschaft der vier Mächte erreichen zu können⁵⁾. Die außenpolitisch wie militär-strategisch hohe Bedeutung der Vereinigten Fürstentümer ordnete sie zwangsläufig in diese Überlegungen ein.

³⁾ *Gorčakov* an *Budberg*, sehr geheim, 7. November 1863, in: Central’nyj gosudarstvennyj archiv Oktjabr’skoj revoljucii SSSR (CGAOR SSSR) Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1429, S. 306. (Die Datumsangaben der russischen Schriftstücke entsprechen dem julianischen Kalender).

⁴⁾ *Gorčakov* an *Oubril*, 7. November 1863, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1429, S. 332 ff.; *Gorčakov* an *Knorring*, 7. November 1863, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1429, S. 327 f. Sehr aufschlußreich ist auch ein persönlicher Brief *Gorčakovs* an den russischen Vertreter in Berlin, *d’Oubril*, vom 30. April 1864, zur Zeit der Londoner Verhandlungen: »Quand Mr. de Bismarck Vous a dit que l’affaire Danoise n’avait dans la politique générale qu’une valeur comparativement secondaire, il est entré dans le cours de nos idées, c.à.d. que la poursuite de cet intérêt d’un ordre inférieure ne devait pas compromettre les intérêts généraux de l’Europe. Du moment où la conduite de l’affaire Danoise peut partager ou non l’Europe en deux camps réunir a une action compacte les Cours Occidentales contre les efforts des Cours Conservatrices, semer parmi ces dernières la division, — cette question cesserait d’être secondaire et deviendrait le point de départ de combinaisons désastreuses pour l’Europe entière. C’est pourquoi nous n’avons cessé et nous ne cesserons pas d’insister sur l’absolue nécessité d’un esprit de prudence et de conciliation à apporter dans les délibérations qui ont lieu à Londres. Les

1.

Durch den Pariser Frieden hatte Rußland seine Vorrechte auch gegenüber den Fürstentümern eingebüßt. Der Artikel 22 des Vertragswerkes stellte sie unter die gemeinsame Garantie der Mächte. „Keine der Garantiemächte übt eine Sonderprotektion aus. Es gibt kein Sonderrecht zur Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten“⁶⁾.

Den Vorteil hatte England, das seinen Konkurrenten Rußland zurückgedrängt sah, sich aber bald des französischen Einflusses erwehren mußte. Der Streit des englischen und des französischen Botschafters um größere Einwirkung auf die Hohe Pforte legt davon ein beredtes Zeugnis ab. *Gorčakov* erkannte bald den Ansatzpunkt für seinen Versuch, den Einfluß Rußlands auf dem Balkan wieder zu stärken. Im Verein mit *Napoleon* unterstützte er daher 1858/1859 die Bestrebungen der Rumänen, ihre Selbständigkeit zu erringen und die Spaltung des Landes zu überwinden⁷⁾. Es gelang ihm, den russischen Einfluß besonders beim Adel der Moldau und beim Kaimakan der Walachai

circonstances sont non seulement difficiles, elles sont critiques et les efforts comme la sagesse réunie de tous les amis de l'ordre ne sont pas de trop pour conjurer les dangers qui menacent partout d'en bas et sous quelques rapports d'en haut (von mir hervorgehoben — G.H.)«. *Gorčakov an d'Oubril* (Berlin), 30. April 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1432, S. 10f. Hinzu kommt, daß *Gorčakov* im Interesse Rußlands keine endgültige Lösung des deutschen Dualismus zugunsten Österreichs oder Preußens gelegen sein konnte, sondern die Fortdauer zweier konkurrierender Mächte in Deutschland.

⁵⁾ »Si ce grand résultat était obtenu, il pourrait engager le Gouvernement Anglais à ne point rester à l'écart et notre concours ne lui ferait pas défaut«. *Gorčakov an Knorring*, 7. November 1863, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1429, S. 327. Es würde zu weit führen, die Schritte Rußlands in dieser Richtung zu verfolgen. Sie führten zu keinen wesentlichen Erfolgen, fanden aber ihre Fortsetzung in den nächsten Jahren, als der Dualismus Preußen-Österreich immer offenkundiger dem Krieg zusteuerte. Als typisch für *Gorčakovs* Revolutionsfurcht sei jedoch noch eine Stelle aus einem Brief *Gorčakovs an Brunnov* vom 3. Januar 1864 zitiert: »Un des périls de la situation est l'état moral de l'Allemagne. Notre A. M. a jugé de prime abord que l'affaire du Holstein n'était qu'un drapeau à l'ombre duquel le parti avancé espère arriver à la réalisation de ses vues subversives. Les faits n'ont pas tardé à justifier cette prévision. Contemporains de cette triste époque nous voyons se dérouler les mêmes menées qui ont conduit aux convulsions de 1848. On n'a rien inventé de plus, mais les adversaires de l'ordre ont plus d'expérience et les Gouvernements ont perdu la mémoire.« CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1430, S. 114.

⁶⁾ P. Albin, *Les grands traités politiques*. Paris 1912, S. 177.

⁷⁾ Vgl. dazu V. N. Vinogradov, *Rossija i ob-edinenie rumynskich knjažestv*. Moskau 1961.

zu verstärken. Die russischen Sympathien des hohen Klerus vertiefte er durch seine Haltung im Streit um die Güter der griechisch-orthodoxen Klöster, der einige Jahre später, besonders seit 1862, größere Bedeutung gewinnen sollte.

Das französische Interesse hatte mehrere Motive. Französische Finanz- und Handelskreise sahen in den Fürstentümern günstige Gewinnmöglichkeiten⁸⁾. *Napoleon* selbst hoffte, den neu entstehenden Staat an der Grenze Rußlands und Österreichs zum leuchtenden Beispiel seiner Nationalitätenpolitik werden zu lassen und ihn zur Basis für die Ausdehnung des wirtschaftlichen und politischen Einflusses Frankreichs auf dem Balkan verwenden zu können. Die Nachbarschaft zu Rußland und Österreich ließ ihn zudem als gutes Druck- oder Tauschmittel erscheinen⁹⁾. Öffentlich betonte er natürlich seine Uneigennützigkeit: „Würde man mich fragen, welches Interesse Frankreich in jenen fernen Gebieten an der Donau habe, antwortete ich, daß das Interesse Frankreichs überall dort ist, wo es darauf ankommt, einer gerechten und zivilisatorischen Sache zum Sieg zu verhelfen“¹⁰⁾. Wie in anderen Fällen — verwiesen sei auf Italien, Deutschland oder Polen — diente auch hier das Napoleonische Nationalitätenprinzip der Bemäntelung egoistischer dynastischer Wünsche *Napoleons III.*¹¹⁾.

Als daher durch die Doppelwahl *Cuzas* zum Hospodar der Moldau und der Walachei faktisch die Einheit Rumäniens hergestellt wurde, hatten sich Frankreich und Rußland, assistiert von Preußen und Sardinien, den Versuchen Österreichs und Englands widersetzt, die Wahl zu annullieren und die türkische Herrschaft in vollem Umfange aufrechtzuerhalten.

Der zunehmende Einfluß Frankreichs in den Vereinigten Fürstentümern änderte jedoch allmählich die russische Politik. *Gorčakov* verfolgte argwöhnisch die Tätigkeit französischer Handels- und Finanzkreise¹²⁾. Ein einheitli-

⁸⁾ So bot am 26. 8. 1859 ein französischer Bankier *Cuza* das Projekt einer Kredit- und Kommerzbank an, als die Kammern der Vereinigten Fürstentümer der Gründung einer solchen Bank in den Grundzügen zugestimmt hatten. A. Lefèvre, *Sous le second empire*. Paris 1951, S. 26. Ausführlicher dazu im schon erwähnten Artikel von G. Zane.

⁹⁾ Vgl. R. V. Bossy, *L'Autriche et les Principautés-Unies*. Bukarest 1938, S. 123 f.; M. Senner, *Die Donaufürstentümer*.

¹⁰⁾ *Napoleon* in einer Rede vom 7. Februar 1859, zit. nach P. Henry, *L'abdication du prince Couza*. Paris 1930, S. 100.

¹¹⁾ Vgl. F. Valsecchi, *Das Zeitalter Napoleons III. und Bismarcks 1854—1878*, in: *Historia mundi*. Bd. 10, Bern, München (1961), S. 75 f.

¹²⁾ »Dans ma dépêche au Bⁿ d'Offenberg je fais mention de commerce étranger. Ce sont les Messageries Imperiales françaises que j'avais en vue et que je n'ai pas voulu nommer. C'est le véhicule dont on se sert pour introduire tout ce qu'il y a de mauvais dans les Principautés.« *Gorčakov* an *Budberg* (Paris), 7. Dezember 1863, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1430, S. 49.

ches Rumänien, das dem zaristischen Einfluß entzogen wurde, paßte nicht in seine Pläne. Zudem ließen die demokratischen Reformen *Cuzas*¹³⁾ und das Verhalten der Vereinigten Fürstentümer gegenüber dem polnischen Aufstand¹⁴⁾ die zaristische Regierung das Schlimmste befürchten. Rußland näherte sich daher vorsichtig den österreichischen Auffassungen¹⁵⁾ und gab die strikte Verteidigung des Fürsten auf. „Fürst Cuza spielt ein sehr gewagtes Spiel. Sein Glaube an die Doktrin der vollendeten Tatsachen macht ihn blind. Er wird auf dem Wege, den er zu beschreiten scheint, der entschiedenen Opposition Englands, Österreichs und der Pforte begegnen ... Was uns betrifft, so wissen Sie, daß der Kaiser vor allem der Ansicht ist, daß man Fürst Cuza nicht das Recht zugestehen kann, selbstherrlich Einrichtungen zu verändern, die der gemeinsamen Garantie der Großmächte unterstehen. Wenn alle wohlgemeinten Mahnungen, die wir ihm schon mehrmals haben zukommen lassen, nicht genügen, ihn aufzuhalten, so muß er sich die Konsequenzen selbst zuschreiben“¹⁶⁾.

2

Am 25. Dezember 1863 stimmte die Nationalversammlung der beiden Fürstentümer für die Säkularisierung der Besitzungen der griechisch-orthodoxen Klöster, deren Einnahmen schon im Januar für den Staat einbehalten worden waren. *Gorčakov* beauftragte unverzüglich *Novikov*, den diplomatischen Vertreter Rußlands in Konstantinopel, *Ali Pascha*, *Prokesch* und *Erskine* eine entschiedene Protestnote vorzuschlagen¹⁷⁾, um *Cuzas* Maßnahmen

¹³⁾ V. N. Vinogradov, *Rossija*, S. 304f.

¹⁴⁾ Während des Aufstandes bildeten die Donaufürstentümer einen Sammelplatz für alle revolutionären Kräfte. Die Regierung erleichterte vielen Polen den Weg in die Aufstandsgebiete. In den Fürstentümern selbst wurde eine polnische Legion aufgestellt. M. Emerit, *Une conversation entre l'Empereur Napoleon III et Basile Alexandri*, *Revue historique du Sud-Est Europe* 5 (1928), S. 234. Vgl. R. V. Bossy, *L'Autriche et les Principautés-Unies*. Bukarest 1938, S. 107.

¹⁵⁾ *Gorčakov* an *Knorring* (Wien), 19. Oktober 1863 in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1429, S. 259f.

¹⁶⁾ *Gorčakov* an *Offenberg* (Generalkonsul in Bukarest), 19. Oktober 1863, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1429, S. 266f. Ähnlich auch an *d'Oubril* (Berlin), 19. Oktober 1863, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1429, S. 261f.

¹⁷⁾ *Gorčakov* an *Novikov* (Konstantinopel), 28. Dezember 1863, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1430, S. 83ff. *Offenberg* erhielt folgende Anweisung: »Votre attitude froide réservée doit prouver au Hospodar le jugement que nous portons sur sa conduite.« *Gorčakov* an *Offenberg* (Generalkonsul), 28. Dezember 1863, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1430, S. 85.

aufzuhalten. Wieder stand hinter dem russischen Vorgehen Furcht vor Verwicklungen auf dem Balkan. *Gorčakov* unternahm daher alles, um zu verhindern, daß die Pforte durch ungeschicktes Verhalten eine Allianz zwischen Fürst *Michael von Serbien* und *Cuza* förderte, die der rumänische Hospodar anstrebte. „Verdoppeln Sie Ihre Anstrengungen, damit man in Konstantinopel aufhört, den Fürsten von Serbien und die serbische Nation mit *Cuza* und den Moldauern und Walachen zu verwechseln. Wenn das Mißtrauen auch weiterhin anhält und die Türkei falsch vorgeht, wird sie sich grundlos einen Feind machen, den wir ihr zu ersparen Interesse und Wunsch haben. Ich habe in diesem Sinne nachdrücklich mit dem Botschafter Englands, mit *Khalil-Bey* und dem Geschäftsträger Österreichs¹⁸⁾ gesprochen. Ich habe ihnen gesagt, daß unsere wiederholten Empfehlungen an den Fürsten von Serbien ihren Grund nicht im Mißtrauen ihm gegenüber haben. Im Gegenteil, seine und die Sprache seiner einflußreichen Minister sei ständig gemäßigt und dem Ausgleich zugetan gewesen. Unsere Ratschläge wiederholten wir lediglich als Vorbeugungsmaßnahme, da wir ahnten, daß Fürst *Cuza* in seiner gefährlichen Lage seine Anstrengungen beim Fürsten von Serbien verdoppeln würde, um ihn durch Illusionen, Versprechungen und durch das falsche Bild einer angeblich guten Entente mit uns auf seine falsche Bahn zu ziehen. Wir haben dafür gesorgt, daß in dieser Hinsicht kein Irrtum bei Fürst *Michael* entstehen kann und haben deshalb unseren Worten eine Präzision und Klarheit gegeben, die keinen Zweifel und keine Zweideutigkeiten zuläßt“¹⁹⁾.

Warnend wies *Gorčakov* immer wieder auf die verderblichen Konsequenzen der Maßnahmen *Cuzas* hin²⁰⁾ und betonte Rußlands Sorge um die Erhaltung der internationalen Verträge. Ein Entgegenkommen gegenüber *Cuza* mußte danach als Bruch der internationalen Abmachungen erscheinen und *Gorčakov* eine gute Ausgangsposition für eventuelle Verhandlungen über den Pariser Vertrag sichern.

¹⁸⁾ Vgl. *Thun-Hohenstein* (Petersburg) an *Rechberg*, 1. Januar 1864, in: R. V. Bossy, *L'Autriche*, S. 360.

¹⁹⁾ *Gorčakov* an *Novikov* (Konstantinopel), 30. Dezember 1863, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1430, S. 92—95.

²⁰⁾ So hieß es z.B. in einem Brief *Gorčakovs* an *Knorring* (Wien) vom 30. Januar 1864: »La sévérité de notre jugement sur la conduite du Prince Couza n'a pas varié un seul instant. Il veut raffermir son pouvoir ébranlé par une satisfaction de la cupidité locale et surtout employer, comme il l'a déjà fait et continue à le faire, les ressources enlevées à l'Église Orthodoxe à des armements hors de proportion avec les besoins et les moyens du pays et ne pouvant servir qu'à des vues ambitieuses et révolutionnaires qu'aucune des Puissances conservatrices ne saurait approuver et qui menacent à la fois l'intégrité de l'Empire Ottoman et le repos des Etats voisins (von mir hervorgehoben — G.H.)« In: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1430, S. 256.

Gleichzeitig hoffte Rußland, durch sein Auftreten gegen die Säkularisierung wieder an Einfluß beim griechisch-orthodoxen Klerus zu gewinnen, der sich, wie schon eine Inspektionsreise des Großfürsten *Konstantin* 1858 gezeigt hatte, immer mehr den Westmächten, besonders England, näherte und in ihnen seine Beschützer sah. Auch in der Klostergüterangelegenheit verstand es der englische Vertreter, das Vertrauen des hohen Klerus zu gewinnen und beriet mit ihm die nächsten Schritte gegenüber *Cuza*, während der russische Vertreter zunächst völlig ignoriert wurde²¹).

Zu dieser Zeit kam mit *Ignat'ev* ein militanter Panslawist auf den Botschafterposten in Konstantinopel. Seine Laufbahn hatte er 1856 als Militärattaché in London begonnen. Seine größten Erfolge waren die Verträge von Aigun (1858) und Peking (1860). Später, 1878, war er maßgeblich am Zustandekommen des Friedens von San Stefano beteiligt.

Ignat'ev suchte sofort, der Position Rußlands größeres Gewicht zu verleihen. In den Konferenzen, die auf türkischen Antrag hin in Konstantinopel stattfanden, setzte er sich für die vollständige Aufhebung der rumänischen Beschlüsse ein. Der Widerstand Frankreichs verhinderte jedoch eine solche Lösung. Schon vorher hatte sich der französische Vertreter in Konstantinopel gegen eine Teilnahme an den Protesten der Mächte erklärt, so daß die Schritte der anderen Staaten erfolglos blieben. Der Versuch Frankreichs, die Verhandlungen nach Paris zu ziehen, scheiterte jedoch an der Weigerung *Gorčakovs*, da er fürchtete, daß sich in Paris eine für die russischen Ziele ungünstige Konstellation ergeben könne. In Konstantinopel hoffte *Gorčakov* dagegen, den französischen Einfluß zurückdrängen²²) und verhindern zu können, daß — ausgehend von der Klostergüterfrage — die orientalische Frage wieder aufgerollt würde. Er leistete daher energischen Widerstand, als Englands Haltung vermuten ließ, daß sich die englische Regierung auf Kosten der Klostergüterfrage eine günstige Haltung Frankreichs in der dänischen Frage verschaffen wollte²³).

Der Vertreter Rußlands wurde angewiesen, die Haltung der Pforte zu stärken. Für den Fall, daß auf der Konferenz auch die Organisationsform der Fürstentümer diskutiert würde, legte *Gorčakov* fest, daß sich Rußland nicht ge-

²¹) Mémoire Ignat'evs, *Izvestija ministerstva inostrannyh del Petersburg* (1914), S. 107.

²²) *Gorčakov* an *Novikov* (Konstantinopel), 7. Januar 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1430, S. 134. Vgl. auch *Gorčakov* an *Novikov* (Konstantinopel), 24. Januar 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1430, S. 210f.: »Un des points essentiels pour nous était que la négociation ne fût pas déplacée. Elle reste acquise au terrain de Constantinople. Là, il vous sera donné d'établir une entente avec les éléments existants et dont la majorité est favorable à la cause de la justice.«

²³) *Gorčakov* an *Novikov* (Konstantinopel), 21. Januar 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1430, S. 191.

gen eine scharfe Zurechtweisung *Cuzas*, selbst wenn sie „zu seinem Sturz führen sollte“, und gegen die Aufhebung der Union und die Rückkehr zum früheren *status quo*, d. h. „ein Hospodar für jede der beiden Provinzen“, wenden werde²⁴).

Brunnov, russischer Vertreter in London, wurde angewiesen, diese Überlegungen Lord *Russell* vertraulich mitzuteilen, um die Ansicht der englischen Regierung kennenzulernen²⁵). Während sich die Verhandlungen in Konstantinopel hinschleppten und wegen des Widerstandes Frankreichs und der Unentschlossenheit der Pforte zu keinen Ergebnissen führten, beobachtete die russische Regierung sorgfältig die Ereignisse in den Donaufürstentümern. Sie hatte schon gleich zu Beginn der Auseinandersetzungen ihren Generalkonsul in Bukarest, Baron *von Offenberg*, beauftragt, aufmerksam etwaige Anzeichen für revolutionäre Bewegungen in Rumänien festzustellen. Dessen Beobachtungen wurden von Jaši, dem Sitz eines russischen Konsuls, direkt an den Generalgouverneur von Neu Rußland dirigiert²⁶) und mit anderen Berichten auch an die österreichische Regierung übergeben²⁷). Die Mahnungen zur Wachsamkeit gegenüber „revolutionären Umtrieben“ wurden von Monat zu Monat dringender. Am 17./29. März 1864 schrieb z. B. *Gorčakov* an den rus-

²⁴) »Si...il s'en réunit une pour examiner les modifications à introduire dans l'organisation des Principautés les deux points sur lesquels de notre part il n'y aurait pas d'objection — plutôt le contraire — seraient: blâme dans les termes les plus sévères de la conduite de Couza, quand même ce blâme devrait conduire à sa déchéance, — révocation de la combinaison de l'Union des Principautés et sous ce rapport retour à l'ancien status quo, c.à.d. un Hospodar pour chacune des deux Provinces.« *Gorčakov* an *Brunnov* (London), 29. Januar 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, 1430, S. 245f. Diese Haltung zeichnete sich schon am 21. Januar 1864 in einem Brief *Gorčakovs* an *Novikov* ab. In: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1430, S. 191. Ähnlich hieß es am 30. Januar 1864 in einem Brief *Gorčakovs* an *Knorring*: »Si cette conduite (des Fürsten *Cuza* — G.H.) devait aboutir à la chute où à la déchéance du P^{ce} Couza, nous n'y mettrions certainement pas d'obstacle. Cette idée, nous le savons, traverse l'esprit des Ministres Turcs, mais ils redoutent que si le Hospodar actuel venait à quitter la scène politique, il ne surgisse la candidature d'un Prince étranger. A notre avis cette appréhension est chimérique. Nous sommes persuadés qu'aucune Puissance conservatrice ne voudrait fournir un Candidat et que toutes s'opposeraient à une combinaison qui modifierait le statu quo de fond en comble.« In: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1430, S. 257.

²⁵) *Gorčakov* an *Brunnov*, 29. Januar 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1430, S. 191.

²⁶) *Gorčakov* an *Offenberg* (Bukarest), 21. Januar 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1430, S. 189.

²⁷) *Gorčakov* an *Knorring* (Wien), 12. Februar 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1430, S. 274.

sischen Vertreter in Bukarest: „Sie können nicht wachsam genug sein, um so weit wie möglich alle revolutionären Umtriebe ausfindig zu machen, die auf die Vereinigten Fürstentümer ausstrahlen oder dort angezettelt werden. Die Nachrichten, die uns von verschiedenen Seiten zukommen, stimmen darin überein, daß die Fürstentümer einer der aktivsten Herde der Bewegung geworden sind, die sich für das Frühjahr vorbereitet. Beschränken Sie sich nicht darauf, diese Umtriebe in ihrer Gesamtheit zu erfassen, sondern sehen Sie es als ihre Pflicht an, die Intrigen im Detail zu durchschauen“²⁸⁾.

Die Furcht und Besorgnis des russischen Vizekanzlers sprachen deutlich aus einem Brief vom 2./14. März 1864 an den in Wien akkreditierten russischen Diplomaten *Knorring*. Er stimmte darin mit dem österreichischen Ministerpräsidenten Erzherzog *Rainer* überein, daß die „moralische Situation“ der Fürstentümer von Tag zu Tag unerträglicher werde, da sich dort ein revolutionäres Zentrum gebildet habe, das die Ruhe seiner Nachbarn entscheidend gefährde. Ferner wies er auf die gefährlichen Folgen hin, falls sich ein relativ kleiner Staat über Beschlüsse der europäischen Großmächte hinwegsetzen könne. „Nichtsdestoweniger haben die Tatsachen immer noch größere Macht als das Wort, und wenn das Treiben in den Fürstentümern auch ferner straflos bleibt, werden die Leidenschaften in anderen Gebieten durch dieses Beispiel unvermeidbar in beträchtlichem Maße ermutigt werden. Ich habe das Lord *Napier* deutlich zu verstehen gegeben, damit er in London dem Gedanken Geltung verschafft, daß es nötig ist, die Instruktionen für Sir *H. Bul-*

²⁸⁾ *Gorčakov an Offenberg* (Bukarest), 17. März 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1431, S. 94. Bezeichnend für diese Haltung ist auch ein Brief *Gorčakovs an Offenberg* vom 27. April 1864, aus dem die folgenden Sätze zitiert seien: »Dans celui (einem Bericht *Offenbergs* — G.H.) que Vous m'avez adressé sous une date récente, Vous paraissez n'attacher que peu de valeur pratique à l'agglomération et ceux menées des réfugiés de tous les pays qui affluent dans les Principautés. Par contre notre Consul à Jassy les signale dans un sens qui ne manque pas de gravité. J'aime à être persuadé, que cette nuance tient plutôt à une appréciation locale et que Vous, dont l'opinion comme chef supérieur doit surtout peser dans la balance, ne Vous livrez pas à un optimisme dont les effets seraient à regretter. Ce n'est pas un reproche que je Vous adresse, mais un simple appel à un surcroît de vigilance et à un nouvel examen du statu quo.« *Gorčakov an Offenberg* (Bukarest), 27. April 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1431, S. 325. Vgl. ferner *Gorčakov an Offenberg*, 4. April 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1434, S. 176: »Vous avez soin sans doute de rouer le plus active sollicitude aux menées du même genre (revolutionäre Bewegungen — G.H.) dont les Principautés-Unies sont le théâtre ou l'aboutissant. Ne négligez tous les détails que Vous apprendriez quelque minime pas de porter à la connaissance du Ministère Impl qu'ils fussent en apparence et recommander la même vigilance aux consulats qui relèvent de Vous.«

wer im Interesse des Friedens im Orient zu ergänzen, der Lord *Russell* vielleicht mehr als der allgemeine Frieden am Herzen liegt“²⁹⁾.

Als der österreichische Außenminister Graf *Rechberg* Ende Februar den Wunsch erkennen ließ, man möge das Thema der Konferenz erweitern und nicht nur die Klostergüterfrage behandeln, sondern alle „Verfehlungen“ des Fürsten *Cuza* und die Rüstungen der Fürstentümer, fand daher *Gorčakov* nur zustimmende Worte³⁰⁾.

Inzwischen zog eine neue Gefahr für die zaristische Außenpolitik herauf. England schien auf den französischen Standpunkt einzuschwenken, die Entseignung der Klostergüter als gegeben hinzunehmen und sofort über eine geeignete Entschädigung zu verhandeln³¹⁾. Im Auftrage seiner Regierung sprach *Brunnov* sofort bei Lord *Russell* vor und erklärte kategorisch, daß Rußland an keiner Konferenz teilnehmen werde, die nicht das Protokoll XIII³²⁾ zum Ausgangspunkt der Verhandlungen nehmen werde³³⁾. Dadurch gelang es *Gorčakov*, die Entente der fünf Unterzeichnerstaaten nach außen hin zu erhalten, in der er die Garantie für die Ruhe auf dem Balkan erblickte und die er mit allen diplomatischen Mitteln zu bewahren suchte, solange Rußland noch durch innere Reformen die Hände gebunden waren.

Gegen einen Kompromiß auf der Konferenz selbst hatte er nichts einzuwenden. Ein Nachgeben in der Entschädigungsfrage während der Verhandlungen belastete Rußland nicht mit der Preisgabe von Rechten des griechisch-orthodoxen Klerus, sondern mußte die Verantwortung jenen Mächten zufallen lassen, die einen entsprechenden Antrag stellen würden. Aber noch stand der Einberufung einer Konferenz der Widerstand des französischen Botschafters in Konstantinopel, *Moustier*, entgegen, der sich allen Maßnahmen gegen *Cuza* widersetzte. Eine Konferenz dünkte *Gorčakov* jedoch umso dringlicher, als die russischen Geheimagenten aus verschiedenen Gebieten Europas revolutionäre Tätigkeit und ihre Unterstützung durch Frankreich meldeten. Ein Hauptherd schienen die Donaufürstentümer zu sein, und *Gor-*

²⁹⁾ *Gorčakov* an *Knorring* (Wien), 2. März 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1431, S. 37.

³⁰⁾ »Le cas échéants Vous voudrez bien Vous joindre chaleureusement aux propositions dont l'Internonce serait l'organe et Vous informerez Mr. le Bⁿ de Prokesch (Internuntius in Konstantinopel — G.H.) que Vous êtes instruit dans ce sens.« *Gorčakov* an *Novikov* (Konstantinopel), 29. Februar 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1431, S. 21.

³¹⁾ Frankreich und England waren Anfang März übereingekommen, nicht auf die Rückgabe der konfiszierten Güter zu drängen.

³²⁾ Nach dem Protokoll XIII der Pariser Konferenz vom 30. Juli 1858 sollten der Klerus und die Hospodare der Moldau und Walachei die Klostergüterangelegenheit durch Verhandlungen klären.

³³⁾ *Gorčakov* an *Novikov* (Konstantinopel), 20. März 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1431, S. 107.

čakov versprach sich von einem energischen Vorgehen der Mächte gegen das dortige Zentrum einen großen Erfolg für die „Mächte der Ordnung“, während er im Unterlassungsfalle unübersehbare Folgen voraussah³⁴).

Er beauftragte daher *Novikov*, sich mit der Pforte und den „Kollegen, die Sie zu diesem Standpunkt bekehren können“, zu verständigen, damit die Pforte offiziell eine Konferenz auf der Grundlage der russischen Vorschläge einberufe. „Sie werden unverzüglich zustimmen und zu erkennen geben, daß Ihre Zusage unabhängig von der Einstimmigkeit der Antworten erfolge“³⁵). Als besonders dringlich sah *Gorčakov* die Gewinnung des englischen Botschafters an, um ein von ihm so gefürchtetes Zusammengehen Englands und Frankreichs zu verhindern. Frankreich versuchte, die Situation für sich auszunutzen und Rußland zu isolieren, insbesondere auch das Einvernehmen zwischen Preußen, Österreich und Rußland zu stören³⁶). *Gorčakovs* Feststellung, daß die Fürstentümer selbst für Frankreich von zweitrangiger Bedeutung seien und nur als Mittel zum Zweck dienen sollten, trafen den Kern der Sache³⁷).

Inzwischen bahnte sich aus gemeinsamer Gegnerschaft gegenüber revolutionären Bestrebungen immer deutlicher ein Zusammengehen zwischen Österreich und Rußland an. Als der österreichische Vertreter, Baron *Prokesch*, den Auftrag erhielt, der Pforte die Beschlagnahme einer Sendung Kanonen für *Cuza* zu empfehlen, erhielt *Novikov* die Order, den Internuntius im geheimen zu unterstützen³⁸). Dennoch warnte *Knorring*, russischer Vertreter in Wien, nachdrücklich davor, die Vertretung der Interessen des orthodoxen Klerus parallel mit dem Sturz *Cuzas* laufen zu lassen oder sie gar als zweitrangig zu behandeln. Er wies darauf hin, daß England und Österreich vorrangig am Sturz *Cuzas* interessiert wären und die Kloostergüterfrage nur als geeignetes Mittel ansähen, ihrem Ziel näherzukommen³⁹).

³⁴) *Gorčakov* an *Novikov* (Konstantinopel), 21. März 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1431, S. 112f. Vgl. auch *Prokesch-Osten* an *Rechberg*, 11. März 1864, in: R. V. Bossy, L'Autriche, S. 362f.

³⁵) *Gorčakov* an *Novikov* (Konstantinopel), 21. März 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1431, S. 115. Vgl. *Prokesch-Osten* an *Rechberg*, 21. April 1864, in: R. V. Bossy, L'Autriche, S. 364.

³⁶) Es würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, wollte man gleichzeitig die Vorgänge um Schleswig-Holstein abhandeln. Es sei jedoch auf den engen Zusammenhang zwischen beiden Fragen hingewiesen, auf die Bedeutung der Schleswig-Holsteinschen Frage besonders für die Haltung Frankreichs.

³⁷) *Gorčakov* an *Budberg* (Paris), 28. März 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1431, S. 162.

³⁸) *Gorčakov* an *Novikov* (Konstantinopel), 24. März 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1431, S. 138.

³⁹) *Gorčakov* an *Novikov* (Konstantinopel), 7. April 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1431, S. 196f.

Gorčakov konnte nicht umhin, diese Überlegungen anzuerkennen — »une réflexion très judicieuse« —⁴⁰), obwohl er im vorhergehenden Brief an *Novikov* ohne Einschränkung gemeint hatte, daß der Sturz *Cuzas* die russische Aufgabe erleichtern würde und man sich auf die „erfinderische Aktivität“ *Bulwers*, des englischen Botschafters in Konstantinopel, verlassen könne⁴¹).

Mitte April begann die französische Regierung einzulenken, nachdem sie weder Österreich noch Preußen für ihre Ansichten hatte gewinnen können. *Gorčakov* sah diese Entwicklung nicht ungern und ließ *Drouyn de Lhuys* durch *Budberg* wissen, daß Rußland nach dem Zustandekommen der Konferenz durchaus zu Kompromissen bereit sei, daß der Repräsentant des „Kaisers sehr viel Vermittlungsbereitschaft mitbringen“ werde und nur praktische Resultate erreichen möchte, ohne sich über Gebühr von unveränderlichen Doktrinen leiten zu lassen⁴²).

Daß diese Bereitschaft mit dem nötigen Mißtrauen gepaart war und nur das Ziel verfolgte, Rumänien nicht zum Funken werden zu lassen, der das Pulverfaß Balkan in Brand setzte, erhellt aus einem Brief, den *Gorčakov* wenig später schrieb. Darin stimmte er den Bemerkungen *Knorrings* zu, daß Rußland darauf bedacht sein müsse, eine Entente, ja eine Allianz mit England, Österreich und wenn möglich Preußen zu erzielen, solange Gefahr von Frankreich drohe. Daher könne er zwar verstehen, daß Österreich Preußen entgegenkomme, um die Entente zwischen beiden Höfen aufrechtzuerhalten, müsse aber davor warnen, es England unmöglich zu machen, seine jahrhundertalten Sympathien für Österreich zu bewahren, da die Spannungen zwischen Berlin und London sehr groß seien. Zudem scheine es *Gorčakov*, „daß der größere Anteil an dieser Spannung nicht Lord *Russell* zur Last gelegt werden“ könne. Auch hier wieder die Befürchtung *Gorčakovs*, England könne in die Arme *Napoleons* getrieben werden⁴³).

Inzwischen nahmen die Pläne Englands und Österreichs, *Cuza* zu stürzen, immer greifbarere und drohendere Formen an⁴⁴). Besonders energisch zeigte sich die englische Regierung. Als *Gorčakov* durch *Novikov* davon unterricht-

⁴⁰) Ibidem, S. 196.

⁴¹) *Gorčakov* an *Novikov* (Konstantinopel), 7. April 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1431, S. 195.

⁴²) »Sans se préoccuper outre mesure de doctrines absolues.« *Gorčakov* an *Budberg* (Paris), 18. April 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1431, S. 269.

⁴³) *Gorčakov* an *Knorring* (Wien) réservée, 30. April 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1431, S. 11 ff.

⁴⁴) So schrieb *Prokesch-Osten* am 19. Mai 1864 an *Rechberg*: „Das Richtige in der heutigen Lage würde sein, daß die Mächte den Versuch der Union als mißlungen erklären und die Pforte, die Walachei und die Moldau mit eigenen Hospodaren und getrennten Verwaltungen zu versehen.“ R. V. Bossy, *L'Austriche*, S. 368.

tet wurde, erteilte er den russischen Vertretern in London und Wien den Auftrag, bei Anfragen durch *Russell* bzw. *Rechberg* nicht zu opponieren, sich aber zurückzuhalten, denn „wir wollen uns nicht über Gebühr in Gefahr begeben“⁴⁵⁾.

3

Mitte Mai 1864 erregte eine neue Nachricht aus Bukarest die Gemüter. Um den Widerstand der Bojaren zu brechen, löste *Cuza* das reaktionäre Abgeordnetenhaus auf, änderte die Verfassung und erließ ein neues Wahlgesetz, das dem Kleinbürgertum größeren Einfluß auf das Parlament sicherte. Beide Maßnahmen wurden der Entscheidung eines Plebiszits unterworfen. Unmittelbar darauf führte *Cuza* die von *Kogălniceanu* ausgearbeitete Bodenreform durch, die von der bisherigen Versammlung kurz zuvor abgelehnt worden war.

Das Wiener Kabinett betrachtete die Maßnahmen *Cuzas* als Staatsstreich und beauftragte seinen Vertreter in Konstantinopel, den zu erwartenden Protest der Pforte zu unterstützen. *Novikov* erhielt von Petersburg gleiche Order. Der englische Botschafter drängte die Pforte zu erklären, „daß sie weder die einseitige Aenderung der Constitution noch das Plebiszit anerkennen werde“⁴⁶⁾. Eine Maßnahme, die die innere Position *Cuzas* stärken mußte, konnte nicht im Interesse der Mächte liegen.

Inzwischen war zwischen den beteiligten Staaten eine Einigung in der Klostergüterfrage zumindest insofern erreicht worden⁴⁷⁾, daß Anfang Mai die erste Sitzung der Konferenz stattfinden konnte. Rußland hatte durchgesetzt, daß die vollzogene Enteignung der Klostergüter *de jure* nicht als Ausgangspunkt genommen wurde, war aber auf der ersten Sitzung die einzige Verhandlungsmacht, die dem Entschädigungsprinzip als Lösung des Problems nicht zustimmte. Aus dieser Situation suchte *Gorčakov* so schnell wie möglich herauszukommen. Er beklagte das starre Festhalten des orthodoxen Kle-

⁴⁵⁾ *Gorčakov* an *Knorring* (Wien), 12. Mai 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1432, S. 64f.

⁴⁶⁾ *Gorčakov* an *Novikov* (Konstantinopel), 21. Mai 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1432, S. 115; *Prokesch-Osten* an *Rechberg*, 19. Mai 1864, in: R. V. Bossy, *L'Autriche*, S. 367.

⁴⁷⁾ Frankreich hatte sich den englischen Vorschlag zu eigen gemacht, daß *Cuza* gezwungen werden sollte, die Güter und ihren Ertrag einer von den Mächten ernannten Kommission zu übergeben, eine exakte Berechnung des Wertes aufzustellen und danach eine entsprechende Entschädigungssumme festzulegen. Vgl. *Gorčakov* an *Novikov*, 7. April 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1431, S. 194; *Gorčakov* an *Novikov*, 15. Mai 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1432, S. 96.

rus an seinen Besitzrechten und sah darin ein Hindernis, eine günstige Entschädigungssumme zu erzielen⁴⁸⁾. Gemeinsam mit *Prokesch* widersetzte sich jedoch *Novikov* Versuchen, *Cuza* selbst nach Konstantinopel zu rufen, ohne sich allerdings durchsetzen zu können. Fürst *Cuza* traf am 8. Juni in Konstantinopel ein. *Gorčakov* fürchtete, daß *Cuza* die Mächte beim Sultan überspielen würde⁴⁹⁾. Mit Zurückhaltung nahm er auch Versicherungen *Drouyn de Lhuys* entgegen, die französische Haltung in der Fürstentümerfrage werde in Zukunft den Wünschen der übrigen Mächte entgegenkommen. Ganz abgesehen von der polnischen Frage hatte Frankreich erst wenige Wochen vorher Europa gegen Rußland aufbringen wollen, und *Gorčakov* beauftragte daher *Novikov*, die Depesche *Budbergs* mit den Bemerkungen des französischen Außenministers in Konstantinopel bekannt zu machen, da das Verhalten *Moustiers*, des französischen Botschafters bei der Pforte, ihm zu kraß von den Versicherungen *Drouyn de Lhuys* abwich. Gleichzeitig betonte er erneut, daß die türkischen Minister endlich die Initiative ergreifen müßten⁵⁰⁾. Im Juni trafen sich *Gorčakov* und *Rechberg* in Bad Kissingen. *Rechberg* schlug vor, der Pforte freizustellen, sich mit *Cuza* über Änderungen der rumänischen Verfassung zu verständigen und das Resultat dann den Garantiemächten vorzulegen⁵¹⁾. *Gorčakov* stimmte im Prinzip zu, forderte jedoch als Vorbedingung die Annullierung aller Maßnahmen der letzten Zeit. Dadurch würde verhindert werden, daß das Beispiel Rumäniens andere ermutigen könne. Besonders bedauerte er, daß die konservative Partei in den Fürstentümern so wenig Mut zeige und keine Abordnung nach Konstantinopel schicke, um dort die „Leiden des Landes hervorzuheben“⁵²⁾. Er griff daher einen Vorschlag Lord *Napiers* auf, von der Pforte und den Vertretern Rußlands, Englands, Österreichs und Preußens eine Art Protokoll unterzeichnen zu lassen, worin festgelegt werden sollte, es sei im Interesse der Ruhe im Orient nötig, gegen *Cuzas* Maßnahmen vorzugehen, wenn nötig, mit den Machtmitteln der Staa-

⁴⁸⁾ *Gorčakov* an *Novikov*, 22. Mai 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1432, S. 120 f.

⁴⁹⁾ *Gorčakov* an *Novikov*, 26. Mai 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1432, S. 155.

⁵⁰⁾ *Gorčakov* an *Novikov*, 6. Juni 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1432, S. 201. Die Berechtigung der Reserviertheit *Gorčakovs* gegenüber den Beteuerungen Frankreichs möge folgende Stelle aus einer Depesche *Prokesch-Ostens* an *Rechberg* vom 6. Mai 1864 verdeutlichen: »„La France, dit M. de Moustier, veut renforcer l'Empire Ottoman par une Roumanie autonome, fidèle vassale de la Porte; elle veut une digue contre la Russie ...'«
R. V. Bossy, L'Autriche, S. 375.

⁵¹⁾ *Gorčakov* an *Novikov*, 17. Juni 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1432, S. 246.

⁵²⁾ *Ibidem*, S. 246 f.

ten. Der französische Vertreter sollte zwar gefragt, die Ausführung aber nicht von seiner Zustimmung abhängig gemacht werden⁵³).

Kurze Zeit später — die Pforte hatte sich zu keinerlei energischem Vorgehen gegen *Cuza* entschließen können — fand *Gorčakov* eine bis dahin nicht gehörte Sprache, die sich aber durchaus in die bisher von Rußland verfolgte Linie seiner Außenpolitik einfügte. „Wir haben von den Veränderungen im inneren Regime der Fürstentümer nichts zu fürchten. Wir sind stark genug, um die revolutionären Aktionen, die von diesen Gebieten ausgehen und unser Territorium zu erreichen versuchen, auf ein Nichts zu reduzieren. Die Ruhe Sir Henry Bulwers und Baron Prokeschs können wir jedoch nicht teilen. Sie versuchen sich und anderen einzureden, daß ein Sieg in Konstantinopel errungen worden ist. Wenn jemand von einem Erfolg sprechen kann, dann nur Frankreich. Die Garantiemächte sind nur der Form halber gefragt worden, und die Sicherheit der ottomanischen Regierung hat eine solche Beinträchtigung erfahren, daß die Pforte früher oder später dafür zahlen muß, da nicht einzusehen ist, daß das Beispiel der Straflosigkeit des Fürsten *Cuza* nicht in anderen Teilen des Ottomanischen Reiches Schule machen sollte.

Es heißt, daß man seinem Schicksal nicht entgeht. Wenn die Pforte die Augen vor dem, was sich vorbereitet, verschließt, sollten die Interessen Rußlands, geschickt vertreten, unter den sich mehr oder weniger deutlich abzeichnenden künftigen Veränderungen nicht leiden. Wir haben nie die Befreiungsbestrebungen der christlichen Bevölkerung unter der türkischen Herrschaft ermutigt, und wir ermutigen sie nicht. Wenn sie aber in dem von Fürst *Cuza* vorgezeichneten Wege vor sich gehen, so sind unsere traditionellen Bande noch mächtig genug, damit uns die Ordnung der Dinge die Position erhält, die aus einer langen Reihe historischer Ereignisse resultiert. Die Konföderation der befreiten christlichen Völker ist ein Gedanke des Kaisers Nikolaus. Wenn die Pforte sie durch ihre Politik begünstigt, so haben wir lediglich darüber zu wachen, daß sie sich auf den patriarchalischen Grundlagen vollzieht, die dem Entwicklungsstand dieser Völker entsprechen und unter möglichst völligem Ausschluß demokratischer und revolutionärer Anschauungen des Westens. Ich wiederhole, dies Resultat wird von uns nicht gefördert noch beschleunigt, wenn es sich aber realisiert, gibt es für uns kein ernsthaftes Motiv, es zu fürchten⁵⁴).

Diese neue Einschätzung der Lage auf dem Balkan war die Schlußfolgerung aus dem Verhalten der Großmächte. Keiner der Staaten war bereit, Repressivmaßnahmen gegen *Cuza* zu ergreifen. Die internationale Lage war dem kleinen Staat an der unteren Donau günstig. England hatte Sorgen im Norden und war in der dänischen Frage an einer freundlichen Haltung Frank-

⁵³) Ibidem, S. 250.

⁵⁴) *Gorčakov* an *Knorring*, geheim und persönlich, 8. Juli 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1432, S. 282 ff.

reichs interessiert. Durch die gleiche Angelegenheit waren Österreich die Hände gebunden. So kam es zu einem Vergleich. Entgegen den russischen Vorschlägen enthielten sich die Mächte energischer Schritte gegen *Cuza* und billigten in einem Zusatzprotokoll zur Konvention von 1858 *Cuzas* Maßnahmen, wobei sie einige ihnen zu revolutionär erscheinende Passagen aus der Verfassung entfernen ließen.

Das Ergebnis war, um mit *Gorčakov* zu reden, eher „eine Niederlage für die Pforte als ein Sieg für den Hospodar“, wie das Jahr 1866 zeigen sollte. Das Vorgehen der Fürstentümer blieb nicht ohne Auswirkung auf die Freiheitsbestrebungen der Serben, Bulgaren und Griechen. *Gorčakov*, der sehr bald die eventuellen Verwicklungen erwog, bereitete sich vor, ihnen einen möglichst konservativen Charakter zu geben, um Gefahren für das russische Reich auszuschalten⁵⁵). Dennoch oder besser gerade deshalb blieb aber nach wie vor oberstes Prinzip der Außenpolitik hinsichtlich der Balkanvölker, sie von im Sinne Rußlands übereilten Schritten abzuhalten.

Die Verhandlungen in Konstantinopel hatten Rußland noch eine weitere Gefahr gezeigt. Frankreich hatte deutlich antirussische Pläne, in denen die Vereinigten Fürstentümer eine besondere Rolle spielten, durchblicken lassen. Wenn *Gorčakov* diese Möglichkeit auch als absurd von sich wies⁵⁶), so drängte er doch, die Gefahr, die von *Napoleon* ausging, durch eine Entente zwischen Rußland, Österreich und Preußen zu kompensieren. Der Kaiser der Franzosen „hat zu lange von der Uneinigkeit zwischen uns und Österreich profitiert“⁵⁷). Es sei nötig, *Napoleon* die Überzeugung, daß sich keine Entente zwischen den drei konservativen Mächten bilden könnte, zu nehmen⁵⁸). „Er hat zu sehr den Gedanken mißbraucht, daß wir in Europa keinen anderen

⁵⁵) So hieß es in einem Schreiben *Gorčakovs* an *Alexander II.* vom 13. Juli 1864: »Le développement de leur (der Balkanvölker — G.H.) autonomie est dans nos traditions et dans nos intérêts. Il n'a pas cessé d'être la base de notre politique, pourvu qu'il se réalise par une marche graduelle et régulières, sans provoquer des conflagrations aussi perilleuses pour la paix de l'Europe que pour nos intérêts et aux des Chrétiens.« In: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1432, S. 303.

⁵⁶) »L'arrière-pensée d'hostilité (bei der Regelung der Donaufürstentümerfrage — G.H.) à notre égard, habilement exploitée par le Hospodar ne nous émeut guère. L'idée de transformer les Principautés en avantgarde de la Porte et de l'Occident et de ranger l'armée Moldo-Valaque à côté des armées française, anglaise et turque, dans une lutte contre nous..., n'offre aucun sens pratique. La Porte doit-elle même en apprécier la valeur.« *Gorčakov* an *Alexander II.*, 13. Juli 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1432, S. 302f.

⁵⁷) *Gorčakov* an *Alexander II.*, 13. Juli 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1432, S. 306.

⁵⁸) Ibidem.

Verbündeten als ihn finden könnten⁵⁹⁾. Über die Möglichkeiten einer solchen Entente oder gar Allianz machte sich der russische Vizekanzler allerdings keine Illusionen⁶⁰⁾.

Gegenüber *Cuza* befolgte die zaristische Regierung in den nächsten Wochen eine freundlich abwartende Politik. *Offenberg* erhielt Anweisung, *Cuza* nicht vor den Kopf zu stoßen, falls er Annäherungsversuche unternehmen sollte. „Es ist gut, wenn er nicht der Meinung ist, gegenüber Rußland unwiderruflich die Schiffe hinter sich abgebrannt zu haben“⁶¹⁾.

Bei dieser Haltung blieb es in den folgenden Monaten. Eine endgültige Lösung der Klostergüterfrage verhinderte das Veto Frankreichs, so daß es in dieser Frage zu keinen Ergebnissen kam.

Im Dezember hatte Rußland einen Kompromißvorschlag eingebracht. Kirchen und Klostergebäude sollten dem Klerus zurückgegeben werden, die Ländereien dagegen dem Staate verbleiben⁶²⁾. Die übrigen Konferenzteilnehmer lehnten jedoch ab.

Ins diplomatische Gespräch kam die Frage wieder Anfang 1865, als *Talleyrand* die Möglichkeiten einer russisch-französischen Annäherung zu sondieren begann. Über „mehr oder weniger sterile Phrasen“ gingen die Unterredungen jedoch nicht hinaus⁶³⁾. Frankreich konnte und wollte in Orientfragen den Wünschen Rußlands nicht folgen. Es hatte auch in den vorhergehenden

⁵⁹⁾ Ibidem.

⁶⁰⁾ »Mr. le Comte de Rechberg professe ou offerte une grande sympathie pour ce qu'il appelle la grande idée, c.à.d. une entente défensive entre les trois Cours du Nord et l'Angleterre. Nous croyons cette idée juste et fertile en résultat pour les cours de l'ordre, si elle pourrait se constituer proteguement; et en principe nous ne cesserons pas de la considérer comme telle. Mais il ne suffit pas d'une affection platonique. Il faut que sa réalisation présente des éléments sérieux. Ces éléments existent-ils dans les relations actuelles des Grandes puissances? C'est ce dont je me permets de douter. Les Cours de Berlin et de Vienne sont unies pour le moment sur le terrain de la question Danoise. Le resteront-elles longtemps? Et les anciennes rivalités ne se reprodueront-elles pas dès que le but poursuivie aujourd'hui en commun aura été atteint? Toute combinaison pratique ... de la cause de l'ordre, de la dignité et de l'indépendance des Souverains, combinaison dont personne n'est exclu et qui n'est hostile pour personne, peut compter sur le concours de notre A. M. Mais il faut que la réalisation pratique nous nous en voit clairement démontré, car nous ne poursuivons pas une chimère et ne nous aventurons pas dans brouillards.« *Gorčakov an Knorring* (Wien), 12. August 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1432, S. 350.

⁶¹⁾ *Gorčakov an Offenber*g (Bukarest), 30. August 1864, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1433, S. 41.

⁶²⁾ *Bismarck an Bernstorff*, 19. Dezember 1864, in: APP 5 (1935) 577 f.

⁶³⁾ Vgl. *Gorčakov an d'Oubril* (Berlin), 21. Januar 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1433, S. 268.; *Gorčakov an d'Oubril*, 28. Januar 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1433, S. 286; *Gorčakov an*

Jahren die orientalische Frage nur dann ins Gespräch gebracht, wenn es Rußlands Unterstützung für eigene Pläne zu erringen suchte, ohne je die unterbeschriebenen Wechsel einzulösen. *Budberg*, Vertreter des Zaren in Paris, suchte das Hindernis für eine französisch-russische Annäherung aus dem Wege zu räumen, indem er empfahl, mit der traditionellen Orientpolitik zu brechen und die aktive Unterstützung der orthodoxen Kirche einzustellen. Nur so könne Rußland die Handlungsfreiheit gewinnen, deren Fehlen so schädlich auf die Politik Rußlands einwirkte⁶⁴).

Der Vorschlag *Budbergs* überraschte durch seine politische Naivität. Handelte es sich doch für Rußland nicht in erster Linie um die Unterstützung der griechisch-orthodoxen Kirche, sondern um die Sicherung des Mitspracherechts in Interessengebieten des zaristischen Imperiums. Eine Befolgung des *Budbergschen* profranzösischen Vorschlages hätte eine völlige Abkehr von der traditionellen Expansionspolitik Rußlands bedeutet und war angesichts der wachsenden panslawistischen Bewegung, angesichts der wirtschaftlichen und politischen Interessen des Zarismus, einfach indiskutabel. Interessen des Handels und des Großgrundbesitzes Südrußlands standen auf dem Spiel. Das zaristische Rußland konnte und wollte nicht freiwillig vor dem englischen und französischen Kapital zurückweichen. Die Vorschläge *Budbergs* mußten daher den entschiedenen Widerspruch *Gorčakovs* herausfordern, der sich zwar in der Taktik, nicht aber in den Zielen von der militanten panslawistischen Richtung unterschied.

„Eine passive Protektion würde die Interessen unserer Kirche den Ansprüchen ihrer Feinde opfern. ... Wir würden Positionen opfern, ohne Gegenleistungen zu sehen.

Es scheint uns unmöglich, daß die Hand des russischen Souveräns sich völlig von den religiösen Angelegenheiten des Orients zurückzieht. Unsere Aufgabe ist es, den legitimen Anspruch, der ihm zukommt, in den Grenzen der Gesetzlichkeit und entsprechend unseren nationalen Interessen zu regeln. ... Wir glauben, daß in den religiösen Fragen unsere Politik sich gleich weit von indifferenter Zurückhaltung und allzu aktiver Einmischung entfernt halten

d'Oubril, 6. Februar 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1433, S. 309f. Über Montenegro und beim Wiederaufleben der libanesischen Frage kam es allerdings zu gemeinsamer Haltung der beiden Mächte, ohne daß jedoch *Gorčakov* den Wert dieser Angelegenheit überschätzte. Vgl. *Gorčakov an Budberg*, 4. März 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1434, S. 13f.; *Gorčakov an Ignat'ev* (Konstantinopel), 19. März 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1435, S. 109ff.; *Gorčakov an Ignat'ev*, 5. März 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1434, S. 15ff.; *Gorčakov an Brunnov* (London), 25. März 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1434, S. 125f.

⁶⁴) Rapport *Gorčakovs* an *Alexander II.*, 4. März 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1434, S. 23.

muß. Es ist leider unbestreitbar, daß uns in diesen Tagen Mißtrauen und Rivalitäten entgegneten, die beträchtlich auf unserer Gesamtpolitik lasten. ...

Es wäre eine Illusion zu glauben, daß sie (unsere Positionen — G.H.) weniger angegriffen würden, wenn wir sie aufgäben. ... Unsere Aufgabe ist es, sie zu verteidigen⁶⁵). Die Haltung Rußlands gegenüber den Vereinigten Fürstentümern blieb seinem Verhalten in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres treu⁶⁶). „Wir glauben nicht, daß die Rückkehr des Fürsten Cuza zu besseren Dispositionen uns gegenüber besonders ernst zu nehmen ist. Aber wie dem auch sei, wir müssen es als bare Münze ansehen, um ihm die Tür nicht zu versperren“⁶⁷). In der Entschädigungsfrage ging es jedoch keinen Schritt vorwärts. Ende März 1865 weigerte sich der hohe Klerus, mit der europäischen Kommission wegen der Entschädigungsfrage in Verbindung zu treten. Der preußische Vertreter in der Kommission vermutete, daß *Ignat'ev* insgeheim diesen Standpunkt unterstützte, um die Beratungen zu stören⁶⁸). Dieser Eindruck wurde dadurch verstärkt, daß sich *Ignat'ev* wiederholt in einer Weise äußerte, die darauf schließen ließ, Rußland wünsche die Arbeit der Kommission zu paralysieren, wolle zumindest aber nicht zu einem positiven Ergebnis beitragen⁶⁹). So bemerkte der General in einem Gespräch mit dem preußischen Gesandten in Konstantinopel, daß es ihm gleichgültig sei, „ob die Frage gelöst würde oder nicht, da im negativen Fall die Stellung Rußlands die vorteilhafteste sei“⁷⁰).

Ende Mai schlug *Cuza* vor, durch eine Anleihe von 150 Millionen Piaster die Verpflichtungen gegenüber dem Klerus zu garantieren. Die mit französischem Kapital ausgestattete *Société générale* in Konstantinopel erklärte sich

⁶⁵) Ibidem, S. 31 ff. Ähnlich antwortete *Gorčakov Budberg*: »Les inconvénients inhérents à l'intérêt traditionnel que nous portons à l'Eglise d'Orient et à la part que nous prenons à ses affaires, ne nous ont jamais échappé. Il serait assurément plus commode de pouvoir mettre de côté les considérations religieuses pour ne nous occuper que des intérêts positifs. Cela ne dépend pas de nous. Tous ceux qui connaissent l'Orient savent, combien ces deux ordres d'intérêt sont étroitement liés. — L'intensité même des défiances dont nous sommes l'objet sous ce rapport prouve qu'il y a là pour nous des positions traditionnelles dont on voudrait nous déloger ... Notre tâche est de régler l'influence légitime qui Lui appartient dans les limites de l'équité et dans la mesure de nos intérêts nationaux.« *Gorčakov an Budberg*, 9. März 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1434, S. 68 f.

⁶⁶) Vgl. *Eder* (Bukarest) an *Mensdorff-Pouilly*, 8. Januar 1865, in: R. V. Bossy, *L'Autriche*, S. 391.

⁶⁷) *Gorčakov an Ignat'ev* (Konstantinopel), 12. März 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1434, S. 92.

⁶⁸) *Brassier an Bismarck*, 4. April 1865, in: DZA Merseburg, Rep. 81, Petersburg I, Vol. II, Nr. 64.

⁶⁹) Ibidem, ferner *Brassier an Bismarck*, 7. April 1865.

⁷⁰) *Brassier an Bismarck*, 7. April 1865, ibidem.

bereit, die Verpflichtungen der Donaufürstentümer gegenüber dem griechisch-orthodoxen Klerus zu übernehmen. Der französische Vertreter unterstützte den Lösungsvorschlag und empfahl der Kommission, dem Angebot *Cuzas* zuzustimmen. General *Ignat'ev* schloß sich zunächst der Gegenseite an und erklärte gemeinsam mit dem österreichischen und englischen Vertreter die Garantie durch eine Anleihe für unzureichend, da „die ganze Kombination eine Farce sei und die Garantie dafür fehle, daß nach 22 Jahren (der Laufzeit des Kredits) die Fürstentümer oder die *Société générale* noch in der Welt existieren“⁷¹). *Ignat'ev* forderte daher, die Entschädigungssumme sofort in bar zu begleichen, eine Forderung, die angesichts des prekären Zustandes der rumänischen Finanzen die Ablehnung jeglichen Verständigungsvorschlages bedeuten mußte⁷²). Die Haltung Rußlands war jedoch nicht ganz so starr, wie man nach diesem Auftreten *Ignat'evs* meinen konnte. Da sich das Verhältnis zu Österreich zu verschlechtern drohte, nahm *Gorčakov* Annäherungsversuche Frankreichs nicht unfreundlich, aber doch sehr skeptisch auf. Er gab ihm zu verstehen, daß Rußland in Frankreichs Haltung den Grund dafür erblickte, daß *Cuza* den Mächten trotzte und an seinen Maßnahmen festhalte. „Solange der *Hospodar* glaubt, daß er bei allen Eventualitäten auf die französische Regierung rechnen kann, gibt es keine Chance, ihn durch moralischen Druck zum Rückzug zu zwingen“⁷³).

⁷¹) *Brassier* an *Bismarck*, 28. Mai 1865, in: DZA Merseburg, Rep. 81, Petersburg I, Vol. I. Nr. 85.

⁷²) *Ibidem*.

⁷³) *Gorčakov* an *Ignat'ev* (Konstantinopel), 1. Juni 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1435, S. 20. Vgl. auch *Gorčakov* an *Budberg* (Paris), 2. Juli 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1435, S. 82: »M. Drouyn de Lhuys nous a fait exprimer le désir de marcher d'accord avec nous dans la question d'Orient. Nous avons accueilli avec empressement ce désir. Notre Ministre à Constantinople le partage. Nous voudrions baser sur sa réalisation nos calculs politiques. M. le Min. des Aff. Etr. de France sera juge s'il nous est possible d'entrer dans cette voie en présence de l'attitude observée par M. le M^{quis} Moustier même dans les moindre nuances de détail.« Noch deutlicher wurde *Gorčakov* in einem Brief an *Brunnov* vom gleichen Datum, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1435, S. 107: »„Je m'étonne que Budberg ait pris au sérieux les dernières ouvertures de M. Drouyn de Lhuys et qu'il ait ajouté quelque valeur à ce semblant d'entente. Verba praeterea nihil! Les faits sont en flagrante contradiction.« Sehr klar wurde die Haltung *Gorčakovs* in einem Brief an *Ignat'ev* vom 26. Juli 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1435, S. 120: »Mr. Drouyn de Lhuys poursuit le système d'un semblant d'entente avec nous sur le terrain de l'Orient. Il cherche à donner à cette apparence une réalité à nos yeux, par des ouvertures sur des intérêts d'une nature secondaire ou purement français. Nous n'en sommes pas les dupes; mais nous ne voulons pas les décourager. Peut-être ces causeries insignifiantes amèneront — elles progressivement le Cabinet Français à traiter des questions plus sérieuses, bien que personnellement j'en doute.«

Gorčakov legte daher *Ignat'ev* in einem Brief vom 19. Juni/1. Juli 1865 zwei Möglichkeiten für die russische Politik dar, nachdem er seine Skepsis gegenüber den Plänen *Cuzas* ausgedrückt hatte.

„Dennoch meint unser Herr, daß man die Wege zu einem Übereinkommen mit dem Fürsten *Cuza* nicht verbauen darf, indem man ihm glauben macht, daß er total und unwiderruflich die Schiffe zwischen sich und uns verbrannt hat. S. M. meint im Gegenteil, daß man ihm zu verstehen geben muß, daß ihm eine Rückkehr zu einem korrekteren Verhalten das Wohlwollen des kaiserlichen Kabinetts zurückgeben und sogar eine herzliche Unterstützung sichern kann. Wenn die Umkehr ernst gemeint und von Dauer ist. Aber man muß ihm gleichzeitig zu verstehen geben, daß diese Bedingung unabhängig ist und wir glaubhafte Garantien brauchen. . . .

Wir erwarten kaum ein praktisches Resultat, wenn auch Baron *Offenberg* geneigt scheint, die Ernsthaftigkeit der Gefühle des Fürsten *Cuza*, wenigstens für den Augenblick, zu bescheinigen.

Indessen müssen wir zwei Möglichkeiten erwägen: Sollte der *Hospodar* uns keine der von uns geforderten Garantien und unserem Generalkonsul keine Basis für eine ernsthafte Transaktion geben können und sich auf Deklamationen beschränken, ist es der Wille des Kaisers . . . , daß Baron *Offenberg* eine Kombination ablehnt, die keinen erkennbaren praktischen Wert haben kann.

Wenn allerdings der Fürst *Cuza* seine ersten Eröffnungen durch Erklärungen ergänzt, die die Ernsthaftigkeit seiner Absichten beweisen und Grundlagen für eine mögliche Übereinkunft bieten, wären wir vielleicht in der Lage, der Entsendung von *M. Daccan* zuzustimmen. Ihre Aufgabe wäre es dann, unseren Versuch zu unterstützen und dem Patriarchen unsere Überlegungen zu erläutern. Gedanken der Versöhnung. Sie werden darüber wachen, daß sie nicht entstellt werden. . . . Wir glauben aber, daß der griechische Klerus die Kirche beklagenswerten Folgen aussetzen würde, wenn er sich gegen jede Transaktion wenden würde, weshalb wir die Grundlagen eines Kompromisses suchen und keinen Weg verbauen, der dazu führen könnte. Wir glauben, dem Patriarchen keinen besseren Dienst erweisen zu können, und haben ein Recht zu hoffen, daß Sie entsprechend der Beweise beständiger und unermüdlicher Sorge unseres Herrn bemüht sein werden, unser Werk der Verständigung nach Ihren Möglichkeiten zu unterstützen, es zumindest nicht scheitern zu lassen⁷⁴⁾.

4

Diese Überlegungen mögen auch die Haltung Rußlands gegenüber der *Bojarenpartei* in den Fürstentümern bestimmt haben, die seit den neuerlichen Reformen *Cuzas* mit der rumänischen Großbourgeoisie den Sturz des Für-

⁷⁴⁾ *Gorčakov* an *Ignat'ev*, 19. Juni 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1435, S. 57.

sten vorbereitete. Allerdings dürfte die Furcht vor einer Kompromittierung und daraus folgender Isolierung der Hauptgrund gewesen sein, einer Isolierung, die *Gorčakov* seit 1856 zu überwinden suchte. Ende Mai 1865 versuchten konservative Kreise Rumäniens direkten Kontakt mit dem General *Ignat'ev* aufzunehmen. Der russische Botschafter lehnte ab und fand die Billigung der russischen Regierung, da sie es für inopportun hielt, sich direkt an Konspirationen gegen *Cuza* zu beteiligen. *Gorčakov* fürchtete, der Sturz *Cuzas* könnte zu größeren Verwicklungen auf dem Balkan führen, sah es allerdings nicht ungerne, wenn sich in Rumänien eine starke rußlandfreundliche konservative Front bildete. „Es ist ohne Zweifel nützlich, daß sich eine Partei, die den Ideen der Ordnung und des Konservatismus treu ergeben ist, in den Fürstentümern organisiert und konsolidiert, daß die Partei durch die feste Stellung, die sie im Lande zu erringen vermag, ein wirksames Gegengewicht gegen die heutigen Tendenzen der Moldowalachischen Regierung bildet; es ist gut, daß eine solche Partei, wenn sie sich ernsthaft konstituiert, moralische Unterstützung bei der kaiserlichen Regierung als Ermutigung und als Element des Erfolgs sucht; es kann sogar nützlich sein, daß auf absolut vertraulichen Wegen die einflußreichen Persönlichkeiten dieser Partei Ihren Rat einholen“⁷⁵).

Am 15. August putschten die Bojaren gegen den abwesenden Fürsten *Cuza*. Der Regierung gelang es, sich zu behaupten. Auf die erste Meldung hin verlangte *Ignat'ev* von der Türkei, durch einen Kommissar die Regierung in Bukarest zu übernehmen. *Ali Pascha* lehnte den Schritt als verfrüht ab. Nach einigen Tagen veranlaßten ihn jedoch *Ignat'ev* und *Bulwer*, englischer Botschafter in Konstantinopel, zu einem Schreiben, worin Fürst *Cuza* aufgefordert wurde, den Bojaren Zugeständnisse zu machen. Sie erhofften sich davon in Erwartung einer negativen Antwort des Fürsten eine Verschärfung der Spannungen zwischen den Vereinigten Fürstentümern und seinem Suzerän⁷⁶).

Frankreich nahm den Putschversuch der Bojaren zum Anlaß, um mit Rußland direkte Gespräche über die innere Situation Rumäniens aufzunehmen. *Talleyrand*, französischer Botschafter in Petersburg, machte *Gorčakov* mit einer Depesche *Drouyn de Lhuys* bekannt, worin es u. a. hieß, daß Frankreich nach wie vor die beste Lösung des Problems darin sähe, die jetzige Regierung zu halten und sich freuen würde, wenn Rußland diese Ansicht teile⁷⁷). *Gorčakov* erinnerte in seiner Antwort an die rußlandfeindliche Haltung des Fürsten, an die Enteignungspolitik *Cuzas* gegenüber der Kirche und wiederholte

⁷⁵) *Gorčakov* an *Ignat'ev*, 15. Juni 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1435, S. 35.

⁷⁶) *Brassier* an *Bismarck*, 12. September 1865, DZA Merseburg, Rep. 81, Petersburg I, Vol. III, Bl. 119.

⁷⁷) *Gorčakov* an *Ignat'ev* (Konstantinopel), 3. September 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1435, S. 200 f.

seinen Vorwurf, Frankreich habe immerhin durch seine Unterstützung *Cuza* den revolutionären Weg ermöglicht. Unüberhörbar sprach aus seinen Worten, wie wenig Chancen die zaristische Regierung dem Fürsten noch gab⁷⁸).

Die Stellung *Cuzas* wurde in der Tat immer schwieriger. *Gorčakov* sprach zunehmend vom Sturz *Cuzas* und über die Konsequenzen für die Haltung Rußlands. Am 18./30. Oktober 1865 wies er *Budberg* in Paris darauf hin, daß Rußland zwar nicht auf den Sturz *Cuzas* hinarbeite, aber auch kein Interesse habe, ihn zu halten. Im Gegenteil, sein Sturz könne nur zu einem *Hospodar* führen, der eine für Rußland günstigere Politik befolgen werde⁷⁹).

⁷⁸) »J'ai dit à Mr. de Talleyrand que nous dédaignons tout grief personnel contre le *Hospodar*; que lorsqu'il parlait de la Moldo-Valachie comme d'un rempart et d'une avantgarde de la civilisation contre notre barbarie, nous avons haussé les épaules; que nous n'avons pas cessé de lui donner des avertissements sur son administration intérieure; qu'il n'y avait fait aucune attention; que les innovations qu'il a introduites dans le Clergé indigène étaient l'affaire du Patriarche Oecuménique et que P^{ce} *Couza* paraissait s'en être aperçu lui même; mais ce que nous ne saurions flétrir assez énergiquement, — c'est la spoliation inique des propriétés des Eglises dont les possesseurs se trouvent hors de la Moldo-Valachie; que Sa Majesté était contraire à tout bouleversement violent et qui si le Prince *Couza* voulait s'amender sérieusement, nous ne lui fermerions pas les voies; que le système de patience et d'indulgence recommandé par le Cabinet Français est exercé jusqu'ici par lui dans une large mesure, avait porté des fruits amers de l'aveu même de Mr. Drouyn de Lhuys; qu'une persévérance dans ce système conduirait, à notre avis, le *Hospodar* vers l'abîme; que si le Gouvernement Français voulait appliquer au P^{ce} *Couza* son principe du voeu des populations et du suffrage universel, le résultat ne serait pas un seul moment douteux; que nous partagions l'avis du Cab^t des Tuileries quant à l'inopportunité du choix d'un Prince étranger; que des insinuations dans le genre de celles faites à Paris nous avaient été également adressées pour notre compte et n'avaient jamais trouvé le moindre accueil; que finalement je ne pouvais que répéter à l'Ambassadeur de France ce que je lui avais dit en maintes occasions, c.à.d. que le Prince *Couza* ne pouvait être redressé et conséquemment sauvé que si toutes les Puissances lui tenaient un langage unanime; que du reste si le Cabinet des Tuileries voulait nous indiquer les moyens de maintenir le Prince *Couza* dans l'exercice de son pouvoir sans sacrifier le droit et l'équité, nous ne demandions pas mieux que de les discuter avec lui.« *Gorčakov* an *Ignat'ev* (Konstantinopel), 3. August 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1435, S. 201 f.

⁷⁹) »Nous ne travaillons pas à la chute du Prince *Couza*, mais nous n'avons aucun intérêt à concourir à sa conservation. Si *Couza* s'amende sérieusement, tant mieux; mais je doute que cet amendement aille au delà d'une manoeuvre apparent. Quoiqu'il en soit le *Hospodar* qui le remplacerait devra pour se maintenir marcher en sens inverse de *Couza* et ce serait déjà un grand bien pour le pays.« *Gorčakov* an *Budberg* (Paris), 18. November 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1436, S. 7.

Die Partei der Bojaren in der Moldau drängte auf Teilung der Donaufürstentümer durch den Sturz *Cuzas* oder die Ersetzung des Fürsten durch einen ausländischen Herrscher. *Gorčakov* sprach sich entschieden gegen die zweite Variante aus, während er in der Teilung Rumäniens eine im Sinne Rußlands positive Regelung der Frage sah⁸⁰). Die Haltung der übrigen Mächte gebot jedoch offiziell strikteste Zurückhaltung.

Napoleon entzog dem Fürsten *Cuza* in diesen Monaten immer mehr seine Unterstützung und suchte nach Kandidaten, die ihm den Einfluß im südwestlichen Nachbarland Rußlands sichern konnten. *Gorčakov* erhielt von dieser veränderten Haltung des Kaisers der Franzosen Mitte November Bescheid⁸¹).

Zur gleichen Zeit aber drohte durch die starre Politik der Türkei gegenüber Serbien ein neuer Konflikt auf dem Balkan auszubrechen, schien die orientalische Frage wieder aufgeworfen zu werden. *Gorčakov* setzte sofort alle diplomatischen Möglichkeiten des russischen Imperiums ein, um in dieser für Rußland so ungünstigen Zeit einen allgemeinen Krieg der Balkanvölker gegen die türkische Unterdrückung zu verhindern. *Ignat'ev* erhielt den Auftrag, die Pforte zu größerer Klugheit und zu besserem Verständnis für die serbischen Probleme zu bewegen. *Šiškin*, Generalkonsul in Belgrad, wirkte im Sinne *Gorčakovs* auf Fürst *Michael* ein, um ihn von Aktionen oder gar einem Zusammengehen mit Fürst *Cuza* abzuhalten⁸²).

England war nach dem allgemein erwarteten Sturz *Cuzas* für eine erneute Trennung der Fürstentümer. *Gorčakov* versuchte daran anzuknüpfen, um das Verhältnis zu dem Rivalen im Orient zu verbessern, da ja auch Rußland die Separation der Moldau und Walachei nicht ungern sah⁸³). Daher verurteil-

⁸⁰) »Quant à Couza sa position semble de plus en plus précaire. L'opinion du parti conservateur dans les Principautés-Unies parait se préoccuper de préférence de deux questions: l'appel d'un prince étranger et la séparation de la Moldo-Valachie. ... Nous le (den ersten Punkt — G. H.) rejettons en principe et jamais l'Empereur ne consentira à ce qu'un membre de Sa Famille devienne Vassal du Sultan. Quant au second, sa réalisation serait dans nos intérêts et certes l'opposition ne viendrait pas de notre part, quand même nous refusions toute participation active aux manœuvres qui tendraient à l'amener.« *Gorčakov* an *Ignat'ev* (Konstantinopel), 22. Oktober 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1436, S. 11.

⁸¹) *Gorčakov* an *Ignat'ev* (Konstantinopel), 25. November 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1436, S. 105. Vgl. *Prokesch-Osten* an *Mensdorff-Pouilly*, 3. November 1865, in: R. V. Bossy, a.a.O., S. 398.

⁸²) *Gorčakov* an *Ignat'ev*, ibidem, S. 106 ff; *Gorčakov* an *Budberg* (Paris), 1. Dezember 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1436, S. 149.

⁸³) *Gorčakov* an *Ignat'ev*, 3. Dezember 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1436, S. 155; »Méditez ce que Mr. le Baron de Brunnow dit au sujet des Principautés. Si le Hospodarat devenait vacant, le droit de la Porte de confirmer des Princes séparés pour la Moldavie et la Valachie est incontestable. L'Angleterre favoriserait cette combinaison; elle est, comme

te er die starre Haltung des griechisch-orthodoxen Klerus, dem englische Vorschläge in der Entschädigungsfrage zu wenig entgegenkommend schienen⁸⁴).

Die Versuche *Cuzas*, in letzter Minute Rückhalt bei der russischen Regierung zu finden, verliefen daher erfolglos. Während *Gorčakov* noch hinhaltend über *Offenberg* antworten ließ, hielt *Ignat'ev* eine Erwiderung auf rumänische Anfragen für überflüssig, da er vom baldigen Sturz des rumänischen Fürsten überzeugt war⁸⁵). Wenig später wiederholte Fürst *Cantacuzino* dem russischen Botschafter mündlich die Bitte *Cuzas*. *Ignat'ev* gab zur Antwort, daß Rußland ohne überzeugende Beweise einer veränderten Haltung des rumänischen Oberhauptes keinen Beistand leisten könne⁸⁶).

5

Am 23. Februar 1866 fiel Cuza den Intrigen der Bojarenpartei zum Opfer. Er mußte abdanken. *Gorčakovs* Reaktion entsprach seiner bisherigen Haltung. „Die Revolution in Bukarest hat uns nicht überrascht. Früher oder später mußte sie unter den Druck der Mängel *Cuzascher* Verwaltung kommen. Man konnte nur vielleicht nicht ahnen, daß sie so schnell und so einfach vor sich gehen würde. Der Hospodar ist durch die Nation wie ein ungetreuer Haushofmeister entlassen worden.(!) Die Bedingungen seines Sturzes sind so, daß keine Macht, so denke ich, die Stimme zu seinen Gunsten erheben kann. Seine Rückkehr ist unmöglich“⁸⁷).

Baron *von Offenberg* erhielt strikte Anweisung, sich zurückzuhalten und die Entwicklung abzuwarten⁸⁸). Die Nationalversammlung in Bukarest — die Vertreter der liberalen Großbourgeoisie und des konservativen Großgrund-

Vous savez, dans nos intérêts. Tout dépendrait donc essentiellement du vote des deux Assemblées et de l'habileté avec laquelle Gouvernement Ottoman saurait les amener à désirer elles-mêmes un Hospodar distinct pour chaque Principauté. C'est une question d'un avenir plus ou moins prochain selon les éventualités.«

⁸⁴) *Gorčakov an Ignat'ev*, 4. Dezember 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1436, S. 157 ff.

⁸⁵) *Gorčakov an d'Oubril* (Berlin), 19. Januar 1865, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1436, S. 328 f; *Gorčakov an Čičerin*, 5. März 1866, in: Orig.dipl., Bd. 7, S. 378; *Talleyrand an Drouyn de Lhuys*, 6. März 1866, in: Orig.dipl., Bd. 7, S. 385, Mémoire *Ignat'evs*, S. 110.

⁸⁶) Mémoire *Ignat'evs*, S. 110.

⁸⁷) *Gorčakov an Ignat'ev*, 26. Februar 1866, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1437, S. 95, sehr geheim.

⁸⁸) *Gorčakov an Offenberg* (Bukarest), 26. Februar 1866, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1437, S. 107 f., geheim.

besitzes — entschied sich für die Wahl eines ausländischen Fürsten, d. h. für die Beibehaltung der Union beider Fürstentümer.

Die Wahl alarmierte die Garantiemächte und die Türkei selbst, da sie ihre Interessen gefährdet sahen. Nach der Ablehnung der angetragenen Fürstenwürde durch den Grafen von Flandern vermutete *Gorčakov*, daß nunmehr die Nationalversammlung den Gedanken eines ausländischen Herrschers völlig fallen ließe und erwartete, daß sich die separatistisch gesinnten Kreise in der Moldau durchsetzen würden. Um dieses Ziel zu erreichen, um die Entwicklung zu beschleunigen, ließ er in Konstantinopel darauf hinarbeiten, die Türkei zu entsprechendem Vorgehen zu veranlassen⁸⁹).

Die französische Regierung schlug den Mächten eine Konferenz in Paris vor, um die entstandenen Probleme zu klären. Auch Rußland stimmte nach einigem Zögern dem französischen Plan zu. Es machte jedoch seine Teilnahme zunächst von der Zusage der Türkei abhängig und hoffte — allerdings vergeblich — auf energisches Vorgehen der Pforte gegenüber Rumänien, um die Mächte vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die türkische Regierung wandte sich am 27. Februar an die Garantiemächte und teilte ihnen mit, daß sie es für zweckmäßig halte, einen Regierungskommissar nach Rumänien zu schicken. Ihn sollten Vertreter der Garantiemächte begleiten.

Das englische Kabinett machte sich den türkischen und den französischen Vorschlag zu eigen, wollte jedoch die Entsendung eines Kommissars als Ergebnis der Konferenz sehen⁹⁰).

Von Petersburg nach Konstantinopel jagte ein Telegramm das andere. Würde die Pforte einer Konferenz zustimmen? Wo sollte sie ihrer Meinung nach stattfinden? Würde die türkische Regierung ihren Kommissar unabhängig vom Beschluß einer evtl. Konferenz in die Donaufürstentümer schicken? Oder würde sie den englischen Vorschlag akzeptieren? Fragen über Fragen, die beweisen, daß Rußland verhindern wollte, die Türkei an den Konferenztisch zwingen zu lassen und hoffte, sie womöglich zum Vorgehen im russischen Sinne zu veranlassen. *Oubrill* hatte ebenfalls Order erhalten, die Neigung Preußens, sich Rußland zu nähern (man schrieb Februar des Jahres

⁸⁹) *Gorčakov an Ignat'ev*, 26. Februar 1866, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1437, S. 96 ff.

⁹⁰) *Gorčakov an Ignat'ev*, 1. März 1866, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1437, S. 128 f. In diesem Brief berichtet *Gorčakov* über die Zustimmung Englands zum türkischen und französischen Vorschlag, d. h. parallel zur Konferenz einen Kommissar der türkischen Regierung nach Rumänien zu entsenden. Noch am gleichen Tage präzisierte *Buchanan* jedoch in Petersburg die englische Zustimmung dahingehend, daß das britische Kabinett die Entsendung eines Kommissars als Ergebnis der Konferenz verstanden wissen wolle. *Gorčakov an Ignat'ev*, 1. März 1866, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opis Nr. 1, Nr. 1437, S. 132 f.

1866), für die russischen Rumänienpläne auszunutzen und *Bismarck* auf die russische Haltung zu verpflichten⁹¹).

Der Einfluß der Westmächte in Konstantinopel war aber zu groß, so daß am 5./17. März auch Rußland seine Zustimmung in Paris gab. *Gorčakov* bewahrte sich jedoch noch die geringe Hoffnung, daß es der Türkei gelingen könne, bei einer Abstimmung den separatistischen Kräften zum Durchbruch zu verhelfen⁹²). In der gleichen Richtung liefen auch die Instruktionen an *Budberg*. Der russische Vertreter in Paris wurde beauftragt, mit der Pforte und ihren Forderungen folgend die strikte Einhaltung der Konvention von 1858 zu fordern, ohne allerdings dem Wunsch nach Teilung der Fürstentümer allzu offen Ausdruck zu verleihen⁹³). Die Ablehnung der Union sollte sich als logische Folge des russischen Eintretens für die internationalen Abmachungen ergeben, so daß ähnlich wie in der Frage der Kloostergüter eine Begünstigung der Union durch die anderen Mächte als Vertragsbruch erscheinen mußte. Im übrigen sollte der Vertreter *Alexanders II.* seine Haltung nach der Türkei richten. Falls diese in der Frage der Union nachgeben würde, könne er ebenfalls einen ehrenvollen Rückzug antreten, ohne jedoch die ständige Betonung der Ach-

⁹¹) *Gorčakov* an *d'Oubril* (Berlin), 27. Februar 1866, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1437, S. 115 ff.

⁹²) *Gorčakov* an *Ignat'ev*, 5. März 1866, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1437, S. 169.

⁹³) Bekanntlich legte die Konvention die Fortdauer der Trennung der Donaufürstentümer fest und schloß ausländische Fürsten von der Wahl zum Hospodar aus. Der Firman von 1861 hatte die Doppelwahl des Fürsten zwar unter dem Druck der Verhältnisse gebilligt, aber eine Trennung nach dessen Regierungszeit in Aussicht gestellt. Die Forderung Rußlands, die Konvention von 1858 als Grundlage der Verhandlungen zu nehmen, war so ein Versuch, auf dem Verhandlungswege seine Pläne durchzusetzen. — Vgl. zur negativen Einstellung Rußlands zur Union und zur Wahl eines ausländischen Fürsten ferner: *Redern* an *Bismarck*, 15. März 1866, in: APP 6 (1929), 674; *Werther* an *Bismarck*, 15. März 1866, in: APP 6, 676 f.; *Gorčakov* an *Stackelberg* (Wien), 7. März 1866, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1437, S. 175; »Rien ne Vous empêche d'aborder ce sujet (Rumänienfrage — G. H.) de Votre propre chef, en guise de conversation intime et de faire pressentir dans cet entretien que nous croyons: 1) au droit de la Porte de requérir le rétablissement des administrations distinctes; 2) que ce rétablissement serait, selon nous, dans l'intérêt même de ces provinces et; 3) que du moment où la combinaison d'un prince étranger serait écartée, le voeu des populations librement et légalement consulté pourrait se prononcer contre une union qui dans les quelques années de l'administration Couza a porté des fruits aussi amers pour le pays. Nous avons lieu de croire que si l'on n'exerce pas de pression sur la Moldavie dans le genre de l'envoie des troupes que le Gouv^t provisoire y a dirigées en dernier lieu, la Moldavie reviendrait volontiers à l'ancien ordre de choses.«
Ferner: *Gorčakov* an *Brunnov* (London), 7. März 1866, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1437, S. 189 ff.

tung Rußlands vor den internationalen Abmachungen aus den Augen zu verlieren⁹⁴).

Die französische Haltung, die sich schon in der Einladung zur Konferenz angedeutet hatte, wurde von *Drouyn de Lhuys* in einer Zirkularnote erläutert. Der französische Außenminister sprach darin zu Recht vom Willen des rumänischen Volkes, die erkämpfte Einheit zu verteidigen, mit weniger Berechtigung jedoch wies er dann darauf hin, daß sich die Politik *Napoleons* ständig und ausschließlich von den Interessen Rumäniens habe leiten lassen. Er kam auf die Zugeständnisse der Mächte in der Rumänienfrage zurück, setzte sich dafür ein, den Willen des rumänischen Volkes zu achten und befürwortete die Wahl eines ausländischen Fürsten⁹⁵).

Der Gegensatz der französischen und russischen Auffassungen beeinflusste entscheidend den Verlauf der Verhandlungen. Schon in der ersten Arbeitssitzung vom 19. März zeigten sich die Differenzen. Der türkische Vertreter beantragte, die Frage der Wahl eines ausländischen Fürsten von der Tagesordnung abzusetzen. Das benutzte *Budberg*, um sich nachdrücklich gegen die Berufung eines ausländischen Fürsten auszusprechen und bezeichnete die Wahl als einen Versuch der Bevölkerung Rumäniens, ihr Schicksal durch ein bisher noch nicht erprobtes Mittel zu verbessern. Nichts weise jedoch darauf hin, daß sich diese Hoffnungen je erfüllten⁹⁶). Frankreich zeigte sich geneigt, gegen die Zustimmung der Mächte zur Union Zugeständnisse in der Frage des ausländischen Fürsten zu machen. *Drouyn de Lhuys* verwies jedoch auf die gleichgebliebene Haltung der französischen Regierung zu dieser Frage wäh-

⁹⁴) *Gorčakov* an *Budberg* (Paris), 7. März 1866, in: Staatsarchiv 14 (1868) 1 ff. Um diesen negativen Ausgang zu verhindern, beauftragte *Gorčakov Ignat'ev*, die Pforte für die nachdrückliche Unterstützung der separatistischen Pläne der Bojaren in der Moldau zu gewinnen. Die russischen Konsuln wurden angehalten, alle separatistischen Bestrebungen zu fördern und zu schützen. *Gorčakov* an *Ignat'ev*, 8. März 1866, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1437, S. 199 ff.; *Gorčakov* an *Offenberg* (Bukarest), 8. März 1866: »Vous y verrez (im Brief *Gorčakovs* an *Ignat'ev* — G.H.) aussi la triple tâche qui est recommandée à nos agents dans les Principautés, c.à.d.: 1) de veiller à ce que le Gouv^t provisoire ne dépasse pas les attributions d'une police locale sa seule raison d'être est d'assurer l'ordre public, — 2) de veiller aussi à ce qu'aucune pression ne soit exercée sur ceux qui voudraient le retour des Principautés à l'ancien ordre de choses, c.à.d. la séparation, des deux administrations, — 3) d'encourager sous main les séparatistes ou du moins de leur faire pressentir qu'on veillera à ce que leurs convictions ne soient pas violentées. ... Nous désirons la séparation, parcequ'elle est plus conforme à nos intérêts.«

⁹⁵) *Drouyn de Lhuys* an die Vertreter Frankreichs bei den europäischen Mächten, 16. März 1866, in: Das Staatsarchiv 12, 1866, S. 213 f.

⁹⁶) Protokoll der 2. Sitzung, 19. März 1866, in: DZA Merseburg, Rep. 81, Petersburg I, 217, Vol. I; vgl. auch *Goltz* an *Bismarck*, 19. März 1866, in: APP 6, S. 701.

rend der Verhandlungen 1855 in Wien, auf dem Friedenskongreß in Paris und auf der Konferenz von 1858 und fügte mit einem deutlichen Seitenhieb auf Rußland hinzu, daß der französische Bevollmächtigte damals nicht allein diesen Standpunkt vertreten habe⁹⁷).

Da man zu keiner einhelligen Meinung über den türkischen Antrag kommen konnte, vertagte die Konferenz die Frage zunächst. Die Vertreter der Mächte wandten sich nun einem Problem zu, das gleichermaßen die Gegensätze innerhalb der Konferenz erkennen ließ: endgültige Billigung der Vereinigung Rumäniens oder Separation. *Budberg* forderte sofort eine getrennte Abstimmung der Volksvertretungen in Jaşi und Bukarest, da seine Regierung überzeugt sei, daß die große Mehrheit der moldauischen Bevölkerung die Trennung wolle, wenn ihr die Wahl eines fremden Fürsten verwehrt werde.

Es war ein geschickter Versuch Rußlands, die rußlandfreundlichen Bojaren in der Moldau ins Spiel zu bringen, die, wenn sie schon nicht durch einen fremden Fürsten größere Handlungsfreiheit gewinnen konnten, gern bereit waren, die rumänische Einheit ihren Sonderinteressen zu opfern. Wieder erhob sich französischer Widerstand, da die Union die Voraussetzung für *Napoleons* Pläne bildete, einen ihm genehmen, wenn möglich ergebenden Kandidaten auf den rumänischen Thron zu schieben und das Land dem französischen Kapital offenzuhalten. *Drouyn de Lhuys* betonte in seiner Entgegnung, daß die Union bereits eine Tatsache geworden sei, die man nur noch mit Gewalt aus der Welt schaffen könne. In einem kurzen Überblick über die Haltung Frankreichs erinnerte er erneut an die völlig entgegengesetzte Haltung Rußlands in den vorangegangenen Verhandlungen über das Rumänienproblem.

Diese Angriffe irritierten den russischen Vertreter in nicht geringem Maße. Er wies zwar in der Sitzung auf die veränderte Haltung der Rumänen selbst hin, beklagte jedoch in einem persönlichen Brief an *Gorčakov*, daß die früheren Erklärungen Rußlands es ihm nicht leicht machten, seine Position in der Konferenz zu behaupten⁹⁸).

Nach der Erwiderung *Budbergs* erklärte sich *Drouyn de Lhuys* mit einer Abstimmung der Bukarester Versammlung einverstanden. Einer getrennten Abstimmung in Bukarest und Jaşi widersetzte er sich jedoch energisch und bemerkte zur entsprechenden Forderung des russischen Bevollmächtigten, sie greife den Dingen vor.

Cowley versuchte, den Gegensatz zwischen den Standpunkten zu überbrücken. Er schlug vor, die gesamte Bevölkerung über den Fortbestand oder die Auflösung der Union abstimmen zu lassen. *Budberg* machte jedoch seine Zustimmung von der vorherigen getrennten Einberufung der beiden Kam-

⁹⁷) Protokoll der 2. Sitzung, 19. März 1866, in: DZA Merseburg, Rep. 81, Petersburg I, 217, Vol. I.

⁹⁸) *Gorčakov* an *Budberg*, 30. März 1866, in: CGAOR SSSR, Fond Nr. 828, opís Nr. 1, Nr. 1437, S. 294, als Antwort auf einen Brief *Budbergs* vom 23. März.

mern abhängig, so daß die Konferenz zu keinem Ergebnis kam und die Frage den Regierungen zur Entscheidung vorlegte⁹⁹).

In einem Gespräch mit *Talleyrand* ging *Gorčakov* auf die Anspielungen *Drouyn de Lhuys* ein, Rußland sei seiner Haltung in der Donaufürstentümerfrage untreu geworden. Er ließ dabei den französischen Botschafter die veränderten Beziehungen zwischen dem russischen und dem französischen Staat fühlen und betonte, daß Rußlands Votum für die Union nur ein Ausdruck der Freundschaft gegenüber Frankreich gewesen sei. Die Ereignisse seien aber dieser bekanntlich abträglich gewesen und die Abkühlung zwischen den beiden Staaten sei der Grund für den Wechsel in den Ansichten Rußlands¹⁰⁰).

Diese Worte *Gorčakovs* charakterisierten die Haltung Rußlands zur rumänischen Einheit. Das zaristische Rußland widersetzte sich der Entwicklung in den benachbarten Provinzen der Türkei nicht, als ihm die Entente mit Frankreich die Gewähr zu bieten schien, daß sich der neue Staat an seiner Grenze nicht gegen das zaristische Reich wenden würde¹⁰¹). Die Verschlechterung der Beziehungen zu Frankreich, ja, seine offenen und versteckten Feindseligkeiten drohten bei einer Fortdauer des französischen Einflusses das benachbarte Land in ein Instrument gegen Rußland umzuwandeln. Falls daher keine Einheit der Donaufürstentümer unter russischem Vorzeichen möglich war — und nichts deutete darauf hin —, bevorzugte es die Trennung in die beiden Fürstentümer Moldau und Walachei, wobei es mit der Ergebenheit der moldauischen Bojaren rechnen konnte. Auch in seiner Unterhaltung mit *Talleyrand* wies *Gorčakov* erneut auf die separatistischen Neigungen der Moldauer hin¹⁰²), die nach Meldungen des französischen Konsuls in Bukarest russischerseits gestärkt wurden¹⁰³), um bei einer Abstimmung ein Rußland genehmes Ergebnis zu erzielen. Unter diesen Umständen wird die Bereitschaft Rußlands, dem Vorschlag Englands zuzustimmen, verständlich. Man hoffte in Petersburg auf ein negatives Ergebnis. Der Wahl eines fremden Fürsten stand Rußland natürlich nach wie vor strikt ablehnend gegenüber¹⁰⁴), da es darin die größte Gefahr für seinen Einfluß auf Rumänien erblickte.

⁹⁹) Ibidem und *Goltz an Bismarck*, 19. März 1866, in: APP 6, S. 701 f.

¹⁰⁰) *Talleyrand an Drouyn*, 21. März 1866, in: Orig.dipl., Bd. 8, Paris (1914), S. 50 f.

¹⁰¹) Es genügt, darauf zu verweisen, daß sich Rußland ebenfalls gegen alle Versuche anderer Mächte richtete, in den Donaufürstentümern festen Fuß zu fassen. So wandte sich *Gorčakov* scharf gegen alle Versuche, Österreichs Verzicht auf Venetien durch die Donaufürstentümer zu entschädigen; vgl. *Talleyrand an Drouyn de Lhuys*, in: Orig.dipl., Bd. 8, S. 51 f.

¹⁰²) Ibidem, S. 49 f. Vgl. auch *Gorčakov an Budberg*, 22. März 1866, in: Staatsarchiv 14, 5.

¹⁰³) *Tillos an Drouyn de Lhuys*, 27. März 1866, in: Orig.dipl., Bd. 8, S. 84 f.

¹⁰⁴) *Goltz an Bismarck*, 4. April 1866, in: DZA Merseburg, Rep. 81, Petersburg I, 217, Vol. I.

Die Frage wurde besonders dringend, als am 11. April 1866 die provisorische Regierung eine allgemeine Abstimmung über *Karl von Hohenzollern* zum Fürsten der beiden Fürstentümer anordnete und die Mächte wieder vor vollendete Tatsachen zu stellen drohte. In einer Depesche an *Budberg* betonte *Gorčakov* die Notwendigkeit, zunächst die Frage des ausländischen Fürsten endgültig zu klären und vor einer Abstimmung über die Union dem rumänischen Volk die Grenzen seiner Abstimmungsmöglichkeiten zu zeigen. Erst dann könne eine nach den beiden Fürstentümern getrennte Abstimmung ein befriedigendes Ergebnis zeitigen¹⁰⁵).

Die Abstimmung ergab eine fast einstimmige Wahl *Karls von Hohenzollern*. Die provisorische Regierung proklamierte ihn daraufhin als Fürst *Karl I.* von Rumänien. *Napoleon*, der insgeheim die Kandidatur des Hohenzollernprinzen förderte, um angesichts der drohenden Auseinandersetzungen Österreich — Preußen den preußischen Nachbarn seinen Plänen günstig zu stimmen, hatte sich schon am 15. April an Berlin gewandt und ihm versichert, Frankreich werde eine Initiative Preußens in dieser Richtung unterstützen. Er erbot sich, das Projekt bei den anderen Mächten zu befürworten¹⁰⁶). Preußen hielt sich jedoch zurück, da Meldungen aus Petersburg die negativen Reaktionen erkennen ließen, die die Nachricht von der beabsichtigten Wahl *Karls von Hohenzollern* in Rußland hervorgerufen hatte. *Gorčakov* hatte sogar erwogen, die Abstimmung selbst zu verhindern¹⁰⁷).

Die Konferenz der Mächte trat am 24. April zusammen. In der Diskussion standen sich wieder der russische und der französische Standpunkt gegenüber. Schließlich einigte man sich auf den Entwurf einer Deklaration, die den Regierungen der Konferenzmächte zur Entscheidung vorgelegt und nach deren Zustimmung der provisorischen Regierung der Fürstentümer zugestellt werden sollte. Darin erklärte sich die Konferenz gegen die Wahl eines ausländischen Fürsten und für getrennte Wahlen durch Versammlungen der beiden Fürstentümer¹⁰⁸). Frankreich schien sein Projekt über die Wahl eines ausländischen Fürsten aufgegeben zu haben. Es schlug der Konferenz die Einsetzung eines Hospodars auf vier Jahre vor, dem Rußland bedingt zustimmte. England und Österreich hatten den in Frankreich lebenden jungen *Bibesco* vorgeschlagen, der gerüchteweise schon zur Zeit *Cuzas* als dessen Nachfolger im Gespräch gewesen sei.

¹⁰⁵) *Gorčakov* an *Budberg*, 16. April 1866, in: Staatsarchiv 14, 8.

¹⁰⁶) *Bismarck* an *Goltz*, 15. April 1866, in: DZA Merseburg, Rep. 81, Paris II, 134.

¹⁰⁷) *Benedetti* an *Drouyn de Lhuys*, 16. April 1866, in: Orig.dipl., Bd. 8, S. 257. Vgl. auch *Talleyrand* an *Drouyn de Lhuys*, 17. April 1866, Tel. in: Orig.dipl., Bd. 7, S. 268.

¹⁰⁸) Protokoll der Sitzung vom 24. April 1866, in: DZA Merseburg, Rep. 81, Petersburg I, 217, Vol. II.

Am 2. Mai beschloß die Konferenz eine Deklaration, in der Österreich, Frankreich, England, Italien, Preußen und Rußland die Wahl *Karls von Hohenzollern* für ungültig erklärten und die Abstimmung der Nationalversammlung über die Union anordneten. Danach sollte die Versammlung den Hospodar wählen bzw. die Versammlungen, falls man die Trennung der Donaufürstentümer beschließen würde, über die jeweiligen Hospodare entscheiden¹⁰⁹).

Am 13. Mai nahm die rumänische Nationalversammlung zu diesen Beschlüssen der Konferenz Stellung. In einem Brief an die Konferenz, der mit 110 von 116 Stimmen angenommen wurde, sprach sie sich für den Fortbestand der Union aus und bestätigte das Ergebnis des Volksentscheids vom 14. und 20. April.

Am 17. Mai setzte sich die Konferenz mit diesem Schreiben auseinander. Der türkische Bevollmächtigte verlangte die Ernennung von 2 Hospodaren durch die Konferenz selbst. Dagegen wandten sich die übrigen Vertreter, die darauf hinwiesen, daß nur der Beschluß über den fremden Fürsten ungesetzlich sei. Die Konferenz erklärte schließlich diesen für ungültig¹¹⁰).

Drei Tage danach, am 20. Mai 1866, traf dennoch *Karl von Hohenzollern* in den Vereinigten Fürstentümern ein. Die Nationalversammlung verlieh am 22. Mai seinem Vater die Naturalisation und suchte so, zumindest formell, dem Wortlaut der Konvention von 1858 Genüge zu tun. Die Mächte verzichteten auf die Anwendung von Gewalt. Die Konferenz hatte zwar eine äußere Übereinstimmung der Ansichten erzielt, ihr Verlauf ließ jedoch erkennen, daß eine gemeinsame Intervention nicht möglich war. Eine isolierte Aktion hätte jedoch zu schweren Verwicklungen geführt, deren Ergebnisse bei der angespannten Lage in Mitteleuropa nicht abzusehen waren.

Rußland hielt sich dem *fait accompli* gegenüber weit mehr zurück als im April anlässlich der vorgeschlagenen Wahl. Der russische Botschafter in Berlin erhielt erst am 26. Mai Antwort auf seine Anfrage. Darin teilte ihm *Gorčakov* lediglich mit, daß Rußland die Entscheidung der Konferenz abwarten werde und seinem Generalkonsul Anweisung gegeben habe, äußerste Zurückhaltung gegenüber der neuen rumänischen Regierung zu üben¹¹¹). Aus allen diesen Umständen glaubte die französische Regierung sogar auf ein geheimes Einvernehmen zwischen Rußland und Preußen schließen zu kön-

¹⁰⁹) Deklaration der Konferenzmächte v. 2. Mai 1866, in: Staatsarchiv 12, 220. Vgl. auch Protokoll der Sitzung vom 2. Mai 1866, in: DZA Merseburg, Rep. 81, Petersburg I, 217, Vol. II.

¹¹⁰) *Goltz* an *Bismarck*, 18. Mai 1866, in: DZA Merseburg, Rep. 81, Petersburg I, 217, Vol. II.

¹¹¹) *Benedetti* an *Drouyn de Lhuys*, 26. Mai 1866, in: Orig.dipl., Bd. 9, Paris (1914), S. 272. Vgl. auch *Talleyrand* an *Drouyn de Lhuys*, 24. Mai 1866, Tel. in: Orig.dipl., Bd. 9, S. 246.

nen¹¹²⁾ und beauftragte *Benedetti*, in dieser auch für die Geschehnisse in Mitteleuropa überaus wichtigen Angelegenheit Erkundigungen einzuziehen¹¹³⁾, die jedoch negativ verliefen¹¹⁴⁾.

Ein Brief des Prinzen aus Paris, in dem er dem Kaiser von Rußland seine Absicht anzeigte, die Fürstenwürde zu übernehmen, war sehr ungünstig in Petersburg aufgenommen worden. *Gorčakov* ließ ihn wissen, die Ankündigung seiner Thronbesteigung durch einen Botschafter würde nur dazu führen, diesen der unangenehmen Lage auszusetzen, nicht empfangen zu werden¹¹⁵⁾.

Am 25. Mai erörterte die Konferenz in ihrer 9. Sitzung die entstandene Lage. Der türkische Vertreter protestierte im Namen seiner Regierung energisch gegen die Thronbesteigung *Karls von Hohenzollern*. Da die Türkei seit geraumer Zeit Truppen an der walachischen Grenze zusammengezogen hatte, versäumte *Drouyn de Lhuys* nicht, darauf hinzuweisen, daß die Pforte ohne Zustimmung der übrigen Mächte kein Recht zur bewaffneten Intervention habe.

Der russische Vertreter versagte *Safvet-Pascha* ebenfalls seine Unterstützung — eine Haltung, die *Ignat'ev* später nicht genug tadeln konnte¹¹⁶⁾ — und schlug vor, den Protest zunächst zur Kenntnis zu nehmen und darüber Instruktionen der Regierung einzuholen. Der gleichen abwartenden passiven Haltung entsprach die Anweisung der Konferenz an die Konsuln in Bukarest, zur Regierung des Hohenzollern nicht in offizielle Beziehung zu treten¹¹⁷⁾.

Drouyn de Lhuys wandte sich in den folgenden Tagen und Wochen gegen die immer deutlicher werdende Absicht der Türkei, durch eine bewaffnete Intervention die Verhältnisse in den Donaufürstentümern in ihrem Sinne zu entscheiden. Er fürchtete die daraus entstehenden Komplikationen und wollte im Hinblick auf die drohenden kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Österreich und Preußen verhindern, daß Rußland die günstige Lage für eine Ausbreitung seines Einflußgebietes auf dem Balkan benutzte. Außerdem bangte Frankreich bei einer Ausweitung des Konfliktes um seine eigenen Ziele, die es mit dem preußisch-österreichischen Konflikt verband.

¹¹²⁾ *Drouyn de Lhuys* an *d'Auvergne* und *Gramont*, 21. Mai 1866, in: Orig.dipl., Bd. 9, S. 201.

¹¹³⁾ *Drouyn de Lhuys* an *Benedetti*, 22. Mai 1866, in: Orig.dipl., Bd. 9, S. 217.

¹¹⁴⁾ *Benedetti* an *Drouyn de Lhuys*, 22. Mai und 23. Mai 1866, in: Orig.dipl., Bd. 9, S. 227 bzw. 238.

¹¹⁵⁾ *v. Schweinitz* an *Kg. Wilhelm*, 27. Mai 1866, in: DZA Merseburg, A.A., 7. B., Nr. 402; *Talleyrand* an *Drouyn de Lhuys*, 28. Mai 1866, in: Orig.dipl., Bd. 9, S. 295.

¹¹⁶⁾ *Mémoire Ignat'evs*, S. 112.

¹¹⁷⁾ Protokoll der Sitzung v. 25. Mai 1866, in: DZA Merseburg, Rep. 81, Petersburg I, 217, Vol. II. Vgl. zu letzterem auch *Drouyn de Lhuys* an *Moustier*, 25. Mai 1866, in: Orig.dipl., Bd. 9, S. 253.

Deshalb wandte sich *Drouyn de Lhuys* sofort nach der Sitzung der Kommission in einem Telegramm an den französischen Vertreter in Konstantinopel und beauftragte ihn, sein möglichstes zu tun, um die Pforte von dem Gedanken einer bewaffneten Intervention abzubringen¹¹⁸). In gleichlautenden Depeschen wandte er sich außerdem an die Vertretungen an den Höfen von London, Wien, Berlin, Petersburg und Florenz und legte noch einmal ausführlich die Ungesetzlichkeit einer isolierten Intervention der Türkei dar¹¹⁹). Der französische Botschafter in Petersburg, *Talleyrand*, suchte seinen türkischen Kollegen für die Hohenzollernkandidatur zu gewinnen, indem er darauf hinwies, daß ein starker rumänischer Staat ein gutes Bollwerk für die Türkei gegen Rußland bilde¹²⁰).

Die gleiche Haltung nahm *Drouyn de Lhuys* auf der nächsten Sitzung der Konferenz am 4. Juni 1866 ein. Er wandte sich scharf gegen eine Intervention in den rumänischen Angelegenheiten und schlug vor, „die Zukunft entscheiden zu lassen, ob der Prinz sich durch eine gute Politik halten oder durch eine schlechte Politik stürzen“ werde¹²¹). Er trat damit dem Antrag *Budbergs* entgegen, der die Entsendung eines türkischen Vertreters gemeinsam mit Delegierten der Mächte nach Bukarest gefordert hatte.¹²²).

Die Mitteilung einer Depesche *Ali Paschas* an den türkischen Vertreter in Paris, in der diesem mitgeteilt wurde, daß sich die Türkei zur militärischen Intervention entschlossen habe, veranlaßte *Drouyn de Lhuys*, verstärkt den Interventionsabsichten der Pforte entgegenzutreten¹²³). Er beauftragte den französischen Botschafter in Konstantinopel, auf die Pforte einzuwirken und protestierte bei *Safvet Pascha* gegen die ihm mitgeteilte Entscheidung der Türkei¹²⁴).

Diese Schritte verfehlten gemeinsam mit Vorstellungen des englischen Vertreters ihre Wirkung auf die Pforte nicht. Schon am 13. Juni glaubte *Mou-*

¹¹⁸) *Drouyn de Lhuys* an *Moustier*, 27. Mai 1866, Tel. in: Orig.dipl., Bd. 9, S. 276. Vgl. auch *Moustier* an *Drouyn de Lhuys*, 29. Mai 1866, Tel. in: Orig.dipl., Bd. 9, S. 311.

¹¹⁹) *Drouyn de Lhuys* an die frz. Vertreter in London, Wien, Berlin, Petersburg und Florenz, 28. Mai 1866, in: Orig.dipl., Bd. 9, S. 282 f.

¹²⁰) *Redern* an *Bismarck*, 29. Mai 1866 in: DZA Merseburg, Rep. 81, Paris II, 134.

¹²¹) Protokoll der Sitzung v. 4. Juni 1866, in: DZA Merseburg, Rep. 81, Petersburg I, 217, Vol. II.

¹²²) Ibidem.

¹²³) *Drouyn de Lhuys* an die frz. Vertreter in Konstantinopel, Petersburg, London, Wien, Berlin und Florenz, 6. Juni 1866, Tel. in: Orig.dipl., Bd. 10, Paris (1915), S. 169. Vgl. auch *Drouyn de Lhuys* an *Moustier*, 8. Juni 1866, in: Staatsarchiv 12, 224.

¹²⁴) *Drouyn de Lhuys* an *Moustier*, 14. Juni 1866, Tel. in: Orig.dipl., Bd. 10, S. 169.

stier versichern zu können, daß der Sultan auf eine Intervention verzichtet habe¹²⁵). Als *Moustier* sich am 16. Juni bei *Ali Pascha* nach der Depesche an *Safvet Pascha* erkundigte, erhielt er sogar zur Antwort, daß die Frage der Intervention im Ministerrat noch gar nicht geklärt und vom Sultan auch noch nicht bestätigt worden sei und die Depesche daher auf einem Irrtum beruhen müsse¹²⁶). Die einlenkende Haltung der Türkei hatte ihre Ursache nicht zuletzt in der Furcht, Rußland könne die Konflikte im Gefolge einer türkischen Intervention benutzen, um sich von den Klauseln des Pariser Vertrages loszusagen, wozu entsprechende Verlautbarungen des russischen Vertreters auf der Konferenz in Paris Anlaß gaben¹²⁷).

Moustier benutzte die einlenkende Haltung der Türkei, um sie zu direkten Verhandlungen mit dem Fürsten zu veranlassen. *Tillos* in Bukarest wirkte seinerseits auf die rumänische Regierung ein, um durch ein Entgegenkommen gegenüber den Wünschen des Sultans die direkten Verhandlungen zu erleichtern¹²⁸). Die Ereignisse auf Kreta taten das ihrige, um die Rumänienangelegenheit mit der Zustimmung der Türkei zu den seit April stattgefundenen Veränderungen in Rumänien zu beenden. Am 24. Oktober 1866 traf *Karl von Hohenzollern* in Konstantinopel ein, um den Investiturfirman entgegenzunehmen.

Die Anerkennung *Karls von Hohenzollern* war zunächst, wie wir gesehen hatten, von Rußland energisch bekämpft worden, und *Ignat'ev* hatte die Interventionsabsichten der Türkei insgeheim unterstützt, „solange das Odium ihrer Initiative in den Augen der Rumänen auf die Türken zurückfiel“¹²⁹). Als sich jedoch der französische Standpunkt immer deutlicher durchzusetzen begann und die Mächte innerhalb der Konferenz zu keinen durchgreifenden Beschlüssen gegen die Wahl eines ausländischen Fürsten gelangten, begnügte sich *Gorčakov*, durch *Budberg* die Auflösung einer nutzlos gewordenen Konferenz zu fordern. Er beauftragte den Botschafter, falls *Drouyn de Lhuys* auf die Verträge und Abmachungen von 1856 und 1858 zurückkommen werde, ihm entgegenzuhalten, daß Rußland immer die bestehenden internationalen Verträge respektiert habe, „aber mit dem Vorbehalt des beiderseitigen Respekts und daß man an keinem Artikel eines Vertrages festhalten könne,

¹²⁵) *Moustier* an *Drouyn de Lhuys*, 13. Juni 1866, in: Orig. dipl., Bd. 10, S. 155.

¹²⁶) *Moustier* an *Drouyn de Lhuys*, 16. Juni 1866, Tel. in: Orig. dipl., Bd. 10, S. 191.

¹²⁷) Vgl. *d'Avril* an *Drouyn de Lhuys*, 3. Juli 1866, in: Orig. dipl., Bd. 10, S. 307f.; Protokoll der Sitzung vom 4. Juni 1866, in: DZA Merseburg, Rep. 81, Petersburg I, 217, Vol. II. — *Goltz* an *Bismarck*, 6. Juni 1866, in: DZA Merseburg, Rep. 81, Petersburg I, 217, Vol. II. — *Gorčakov* an *Budberg*, 12. 6. 1866, in: Staatsarchiv 14, 10; *Goltz* an *Bismarck*, 3. 7. 1866, in DZA Merseburg, Rep. 81, Petersburg I, 217, Vol. II.

¹²⁸) *d'Avril* an *Drouyn de Lhuys*, 25. Juni 1866, in: Orig. dipl., Bd. 10, S. 272f.

¹²⁹) *Mémoire Ignat'evs*, S. 115.

am Artikel 27¹³⁰⁾ nicht mehr als an jedem anderen, wenn die anderen Artikel des gleichen Vertrages durch eine der Parteien, die von den Klauseln betroffen sind, verletzt sind“¹³¹⁾).

Bezog sich diese Einschränkung zunächst auch nur auf das Interventionsrecht der Mächte, so ließ sich doch der Wille *Gorčakovs* dahinter erkennen, die Existenzberechtigung eines Vertrages, der an vielen Stellen durch die Ereignisse durchlöchert worden war, auch in bezug auf die für Rußland unangenehmen Klauseln in Frage zu stellen. In dieser Hinsicht konnten ihm die Ereignisse in Rumänien nur willkommen sein. Die weitere Politik Rußlands richtete sich daher auch nicht mehr darauf, die Ereignisse in Rumänien rückgängig zu machen. Die künftige Haltung der russischen Regierung war davon bestimmt, die Lage in Rumänien zu akzeptieren und den französischen Einfluß durch den russischen zu verdrängen.

Am 8. Juni meldete *Talleyrand* in Ergänzung zu einer Depesche vom 6. d. M., daß die Haltung *Gorčakovs* günstiger geworden sei¹³²⁾. *Costaforo* und *Boeresco*, die Anfang Juni als Abgesandte der rumänischen Regierung in Rußland eintrafen, wurden entgegen früheren Äußerungen entgegenkommend in Petersburg aufgenommen. In Gesprächen mit dem Direktor des asiatischen Departements und mit *Gorčakov* erhielten sie die Zusicherung, daß Rußland nach Abschluß der Konferenz seine wiedergewonnene Aktionsfreiheit zum Nutzen der Fürstentümer verwenden würde, sobald „*ella verra l'ordre et la religion protégés*“¹³³⁾.

Rußland erwartete von den Fürstentümern Maßnahmen gegen politische Flüchtlinge, besonders gegen Polen, und die russische Regierung leitete Verhandlungen zwischen den beiden Deputierten und dem Metropolit von Petersburg wegen der rumänischen Gesetze über die kirchlichen Einrichtungen ein. Als *Costaforo* und *Boeresco* Petersburg verließen, besaßen sie außerdem die Zusicherung *Gorčakovs*, Rußland werde sich der Heirat der Prinzessin *von Leuchtenberg* mit dem Prinzen *von Hohenzollern* nicht widersetzen¹³⁴⁾.

¹³⁰⁾ Der Artikel 27 des Pariser Vertrages wandte sich gegen jede Intervention durch einzelne Mächte ohne vorherige Absprache zwischen den Signatarmächten. *Drouyn de Lhuys* hatte auf diesen Artikel hingewiesen, als die Gefahr einer türkischen oder russischen Intervention auftauchte.

¹³¹⁾ *Talleyrand* an *Drouyn de Lhuys*, 6. Juni 1866, in: Orig. dipl., Bd. 10, S. 58.

¹³²⁾ *Talleyrand* an *Drouyn de Lhuys*, 8. Juni 1866, in: Orig. dipl., Bd. 10, S. 85 f.

¹³³⁾ *Talleyrand* an *Drouyn de Lhuys*, 8. Juni 1866, in: Orig. dipl., Bd. 10, S. 84.

¹³⁴⁾ *Talleyrand* an *Drouyn de Lhuys*, 7. Juni 1866, Tel.: in: Orig. dipl., Bd. 10, S. 64. — *Talleyrand* an *Drouyn de Lhuys*, 8. Juni 1866, in: Orig. dipl., Bd. 10, S. 83 f.; *Redern* an *Bismarck*, ca. 7. Juni 1866, Tel. in: DZA Merseburg, Rep. 81, Petersburg I, 218.

Rußlands Haltung zur rumänischen Frage 1864—1866

Die Pläne Rußlands wurden begünstigt durch die Hinwendung Frankreichs zu Österreich, als *Napoleon* sich in seinen Hoffnungen getäuscht sah, durch die Duldung der preußischen Pläne in Deutschland mühelos zu territorialen Erwerbungen zu kommen. Besonders nach der Zusammenkunft in Salzburg begann *Karl von Hohenzollern* an der Freundschaft *Napoleons* zu zweifeln und suchte sich in Rußland ein Gegengewicht gegen etwaige französisch-österreichische Absichten auf Rumänien zu schaffen. Rußland erkannte im Jahre 1868 Rumäniens neuen Status an und verdrängte immer mehr den französischen Einfluß¹³⁵).

Mitte des Jahres 1866 wurden die rumänischen Ereignisse in ihrer internationalen Bedeutung jedoch zunächst durch den preußisch-österreichischen Krieg und den Aufstand auf Kreta zurückgedrängt.

¹³⁵) *Stirbey* an *Moustier*, 18. März 1868, in: Orig. dipl., Bd. 21, Paris (1928), S. 78. *Castellane* an *Moustier*, 27. Oktober 1868, in: Mém. et doc., Papiers Rouher, Allemagne 1862—1868, Bd. I., S. 275; 388. Fotok. im DZA Merseburg.